



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

221

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 7

Juli 1963

Aufsätze:

- X Altersaufbau der Bevölkerung *Thissen*
- Steueraufkommen 1962
- Gemeindestraßen
- Realkreditinstitute 1962
- X Infektionskrankheiten 1962

Kurzberichte:

Kapitalgesellschaften 1962

- X Graphik des Monats: Altersaufbau und Familienstand der Bevölkerung

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche

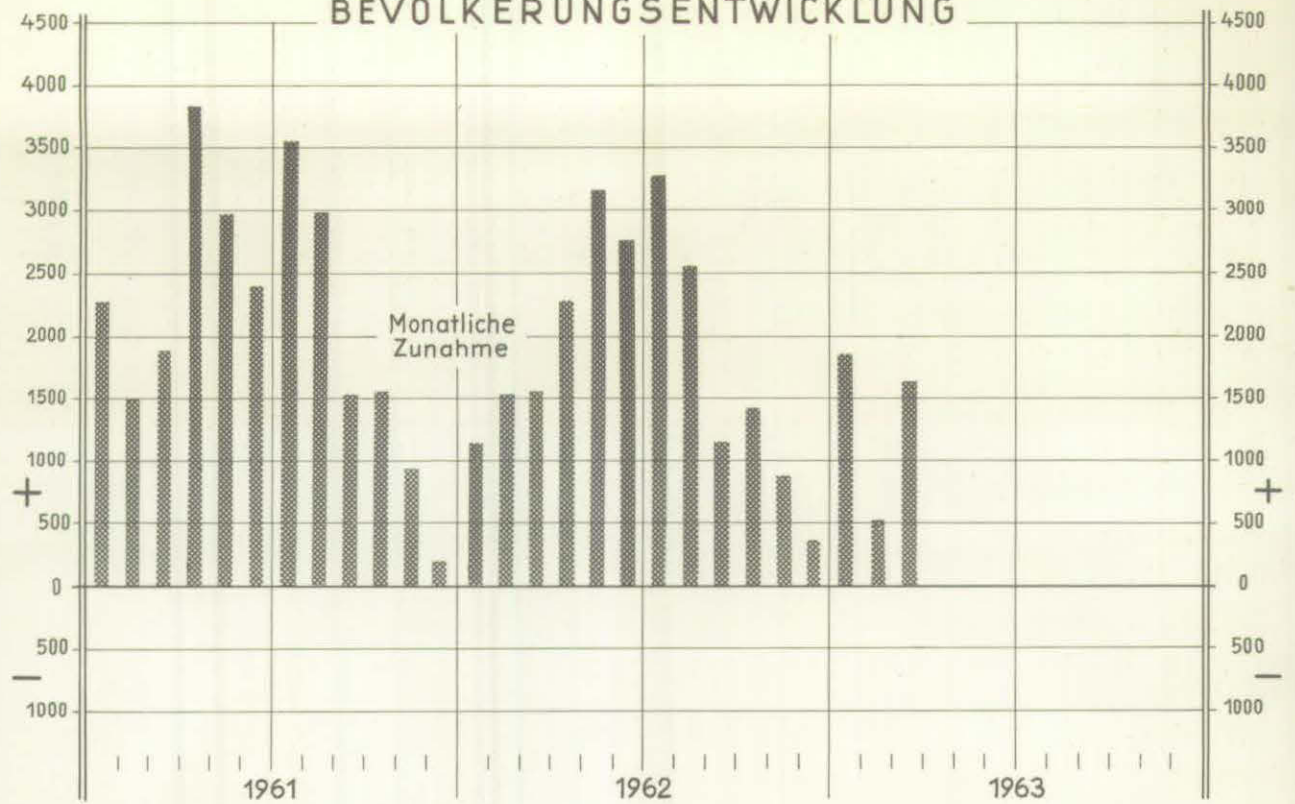


Herausgegeben vom

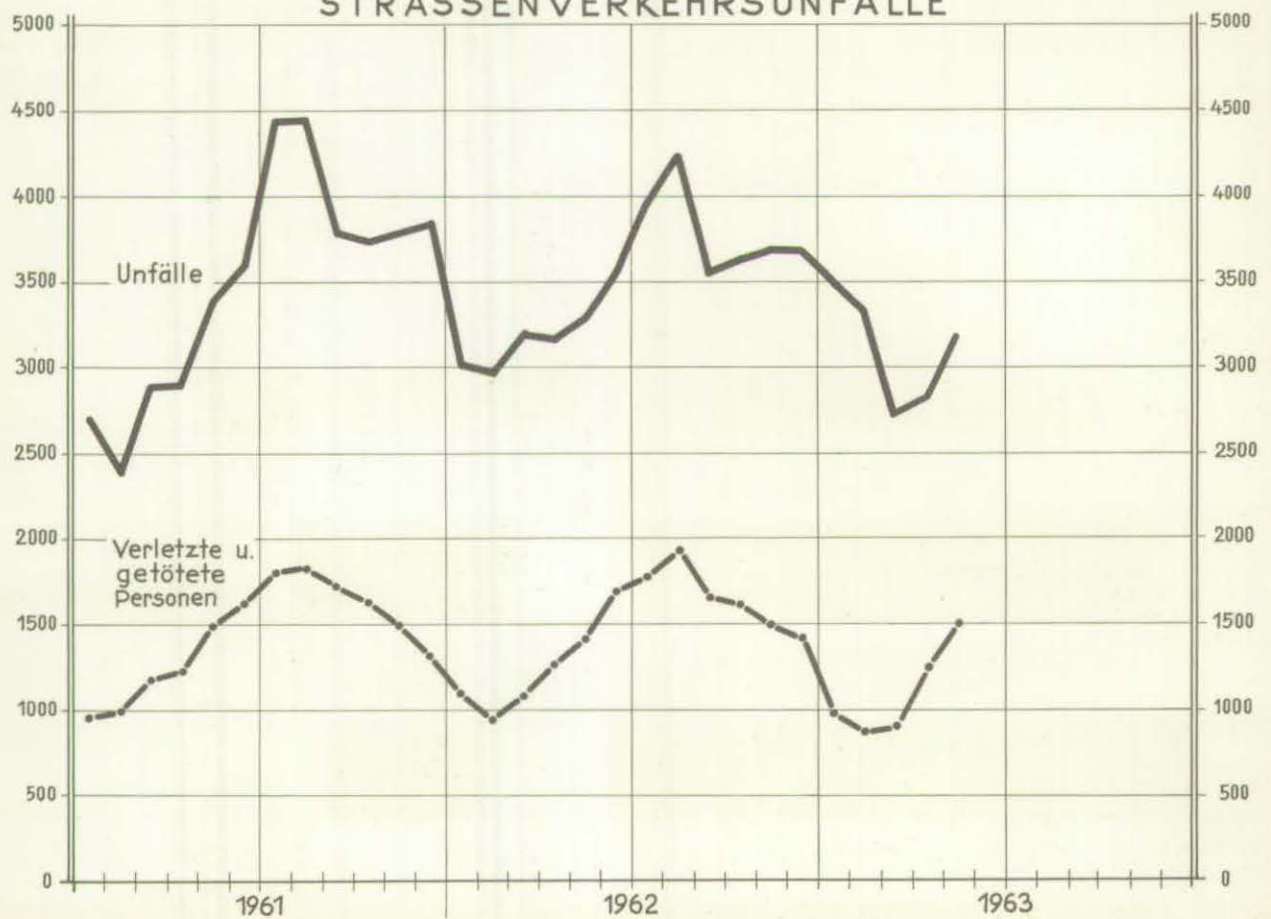
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



INHALT

7/63

Aktuelle Auslese	193
Blick auf morgen	194
Aus dem Inhalt	194-195
Aufsätze	
Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins am 6. Juni 1961 . . .	196-199
Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1962	200-204
Gemeindestraßen in Schleswig-Holstein .	205-208
Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1962	208-213
Infektionskrankheiten 1962	213-215
Kurzberichte	
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1962 . . .	215-216
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel . . .	217-222
Kreiszahlen	223
Schleswig-Holstein im Bund	224
Wirtschaftskurven A - allgemein - . . .	3. Umschlagseite

Neuerschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1963	82 Seiten, Preis 2,- DM
Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1960/61	
Teil 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“	150 Seiten, Preis 7,50 DM
Teil 5 „Gemeindefinanzen“	34 Seiten, Preis 1,50 DM
Statistische Berichte	
C0/Gartenbauerhebung 1961 - 4	
„Die Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Baumschulerzeugnissen, Zierpflanzen im Freiland und in Unterglasanlagen“	30 Seiten, Preis 1,80 DM
L0/Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik 1960	
„Das steuerpflichtige Vermögen und die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1960“	70 Seiten, Preis 4,- DM

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1963

Landtagswahlen 1962
Ausfuhr 1960 und 1961
Jugendhilfe 1961
Preisanstieg im Wohnungsbau
Verdienste 1957 und 1962
Sterbefälle 1961
Krankenanstalten 1961

Heft 3/1963

Haus- und Anstaltsgeburten
Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft
Obsternte 1962
Gemüse 1962
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Bauhauptgewerbe 1962
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe
Industrielle Produktion 1962

Heft 4/1963

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62
Feldfrüchte 1962
Unternehmen des Einzelhandels 1960
Ausgaben für Schulen
Streiks 1962
Zahlungsschwierigkeiten 1962
Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft

Heft 5/1963

Fremdenverkehr in den Seebädern
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961
Milchwirtschaft 1962
Spareinlagen 1961/62
Krankenstand Winter 1962/63
Zwischenfrüchte 1962

Heft 6/1963

Struktur der Landesausgaben
Personal der öffentlichen Verwaltung
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959
Schichtung der Lohneinkommen 1961
Lohnstruktur im Erwerbsgartenbau
Lohnstruktur in der Forstwirtschaft
Ausländer 1962
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs
Hypothesen 1962
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 7

Juli 1963

Aktuelle Auslese



SCHÜLERZAHL LEICHT VERÄNDERT

Die Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen Schleswig-Holsteins hat sich im letzten Jahr wie folgt entwickelt:

Schulart	Schüler in 1 000		Veränderung
	Mai 1962	Mai 1963 ¹	
Volksschule	220,5	221,2	+ 0,3%
Mittelschule	35,8	35,7	- 0,1%
Gymnasium	32,7	32,1	- 1,7%

1) vorläufige Ergebnisse

SCHULENTLASSUNGEN 1964

Nach eigenen Schätzungen der Schulen werden im Frühjahr 1964 rund 19 700 Volksschüler (ohne Schüler der Hilfsschulklassen und Aufbauzüge) aus öffentlichen Schulen Schleswig-Holsteins entlassen werden. Das sind etwa 900 Entlassungen mehr als 1963.

WIE VIELE ABITURIENTEN WOLLEN STUDIEREN?

Von allen Abiturienten des Jahrgangs 1963 wollten 65% eine Universität, eine Technische Hochschule oder eine sonstige Hochschule (für Musik, Sport, bildende Künste usw.) besuchen und 14% eine Pädagogische Hochschule. Diese Anteile haben sich gegenüber 1962 nicht verändert.



123 700 BETTEN FÜR DIE GÄSTE

Am 1. April 1963 wurden in den 140 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden Gemeinden rund 123 700 Betten für Gäste gezählt, und zwar 58 200 in Beherbergungsbetrieben und 65 500 in Privatquartieren. Gegenüber dem 1. April 1962 erhöhte sich die Zahl der Betten in Schleswig-Holstein um 3%.

ANGESTELLTENVERDIENSTE IN INDUSTRIE UND HANDEL



Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der männlichen Angestellten lagen im Februar 1963 in Schleswig-Holstein zwischen 1 087 DM im Druckereigewerbe und 700 DM in Spinnereien und Garnbearbeitung; die weiblichen Angestellten verdienten zwischen 737 DM in Eisen-, Stahl- und Tempergießereien und 448 DM im Einzelhandel.

RINDER-, SCHWEINE- UND SCHAFBESTÄNDE



Am 4. Juni 1963 wurden in Schleswig-Holstein mehr Rinder und Schafe, aber weniger Schweine gehalten als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Rinderbestand erreichte mit 1,417 Mill. Tieren (+ 1% gegenüber Juni 1962) einen neuen Höchststand nach dem Kriege. Der Schweinebestand ist gegenüber Juni 1962 um 8% zurückgegangen und umfaßte im Juni 1963 1,520 Mill. Tiere.

Blick auf morgen

Gute Heiratsausichten für Mädchen

Im Jahre 1962 wurden in Schleswig-Holstein 22 651 Ehen geschlossen. Der Höhepunkt der leichten "Eheschließungswelle", die sich in den vergangenen Jahren abgezeichnet hat, scheint damit erreicht zu sein. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der jährlichen Eheschließungen in den nächsten Jahren langsam zurückgehen wird. Gegen Ende des laufenden Jahrzehnts wird sie – unter der Voraussetzung, daß sich die "Ehefreudigkeit" nicht wesentlich verändern wird – nur noch knapp 20 000 betragen.

Geheiratet wird auch im hohen Lebensalter. Wird jedoch das Augenmerk nur auf die Altersjahre gelenkt, in denen am meisten geheiratet wird, so läßt sich für die kommenden Jahre ein bedeutender Wandel erkennen. Die heiratslustigen jungen Männer werden nicht genug Frauen im üblichen Altersabstand vorfinden. Es handelt sich dabei um folgende Zusammenhänge: Die höchsten altersspezifischen Eheschließungsziffern – und zwar mehr als 100 Heiraten in einem Jahre auf 1 000 Frauen eines Altersjahres – gab es in den vergangenen Jahren bei den 20- bis 23jährigen Frauen. Die Frauen, die 1961 in diesem Alter waren, gehörten zu den Geburtsjahren 1938 bis 1941. Unterstellt man, daß die männlichen Ehepart-

ner im Durchschnitt drei Jahre¹ älter sind als ihre Frauen, so heirateten die 20- bis 23jährigen Frauen des Jahres 1961 im wesentlichen Männer, die zwischen 1935 und 1938 geboren sind. Es kamen dabei jeweils Geburtenjahrgänge zusammen, die verschiedenen stark besetzt sind (z. B. Stand Ende 1961: Geburtsjahr 1936 19 389 Männer im Alter von 25 Jahren; Geburtsjahr 1939 20 271 Frauen im Alter von 22 Jahren). Bis vor kurzem war bei den altersmäßig zusammenpassenden Partnern im Hauptheiratsalter die Frauenseite stärker besetzt als die Männerseite. Langsam kehrt sich dieses Verhältnis um. Ein stark besetzter Jahrgang auf der Männerseite wird – bei üblichem Altersabstand der Ehepartner im Hauptheiratsalter – auf einen schwachen Jahrgang auf der Frauenseite treffen. Ende 1965 werden z. B. rund 24 500 Männer im Alter von 25 Jahren mit 17 500 Frauen im Alter von 22 Jahren auskommen müssen. Wo werden die überzähligen 7 000 jungen Männer dieses Jahrgangs ihre Partnerin finden, wenn auch in den umliegenden Altersjahren ein Frauenmangel herrscht?

1) 1961 lag das durchschnittliche Heiratsalter der bisher ledigen Männer bei 25,6 Jahren und der ledigen Frauen bei 23,4 Jahren. Der Altersunterschied für die vorher Ledigen betrug damit 2,2 Jahre. Der durchschnittliche Altersunterschied für alle Eheschließungen in Schleswig-Holstein machte 1961 3,0 Jahre aus.

Aus dem Inhalt

Altersaufbau der Bevölkerung Seite 196

In den letzten 50 Jahren ist der Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung durch den Einfluß der verschiedensten Ereignisse geformt worden. Der Altersaufbau von 1961 besitzt einen schmalen Sockel, dessen eingebuchtete Seiten die Geburtenentwicklung der letzten 15 Jahre widerspiegeln. Das 15. Lebensjahr, das in diesem Altersaufbau dem Geburtsjahr 1945 entspricht, fällt durch einen tiefen Einschnitt auf. Dieser Jahrgang wurde vor allem durch eine ungewöhnlich hohe Säuglingssterblichkeit dezimiert. Vom Altersjahr 16 bis zum Altersjahr 21 verbreitert sich der Altersaufbau rasch, um sich dann schnell wieder bis zum Altersjahr 28 zu verjüngen. Diese unterschiedliche Entwicklung umschließt die Jahre von 1933 bis 1945. Bis 1939 bewirkten steigende Beschäftigung und gesteuerte Familienpolitik wachsende Geburtenzahlen. Der Krieg und die damit verbundene Trennung vieler Familien und die Unsicherheit dieser Zeit ließen die Geburtenwelle wieder abklingen. Der mittlere Teil des Altersaufbaus ist besonders zerrissen. Er wurde durch die verschiedensten Ereignisse beeinflusst: Geburtenausfall durch Kriege und Krisen, Nachholgeburten nach den Kriegen, Kriegsverluste. – Ein wichtiges Kennzeichen der jetzigen Altersgliederung ist der relativ hohe Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung. – Auch von der Wanderungsbewegung des letzten Jahrzehnts sind entscheidende Änderungen des Altersaufbaus ausgegangen. Der Anteil der jungen und der alten Menschen ist durch Wanderungen gestiegen, während

der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen in Schleswig-Holstein gesunken ist. – Die Geschlechterproportion ist nicht ganz in Ordnung. Bei einer ungestörten Bevölkerungsentwicklung wäre unter den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen ein Überwiegen der Zahl der Männer bis etwa zum Alter von 54 Jahren zu erwarten. Bei dem jetzigen Altersaufbau ist der Gleichstand der Geschlechterzahl bereits rund 20 Altersjahre früher erreicht. – In den Jahren 1950 bis 1961 ist der Anteil der verheirateten Frauen an der weiblichen Bevölkerung von 42,8 % auf 45,5 % gestiegen.

Steueraufkommen 1962

Seite 200

Das gesamte Steueraufkommen Schleswig-Holsteins belief sich im Jahre 1962 auf 2,64 Mrd. DM; das ergibt eine durchschnittliche Steuerbelastung von 1 127 DM je Einwohner. An dem Steueraufkommen waren rund 50 Steuerarten beteiligt; auf die fünf ertragreichsten Steuern entfielen 74 % des Steueraufkommens. Zu der Steuerbelastung sind noch die Lastenausgleichsabgabe und die Kirchensteuer hinzurechnen; sie beliefen sich 1962 auf 77 Mill. DM und 67 Mill. DM. – Für eine Reihe von Bundessteuern kann das regionale Aufkommen nicht voll nachgewiesen werden, so z.B. für die an erster Stelle rangierende Umsatzsteuer, die in Schleswig-Holstein ein Aufkommen von 510 Mill. DM erbrachte; das sind 218 DM je Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag dagegen bei 337 DM je Einwohner. Dieses Zurückbleiben hinter dem Bundesdurchschnitt ergibt sich

zum Teil dadurch, daß die Umsätze der relativ großen Zahl von Neben- und Zweigbetrieben, deren Hauptniederlassungen außerhalb Schleswig-Holsteins liegen, auch dort – am Sitz des Unternehmens – besteuert werden. – Die Steuereinnahmen des Landes betrugen 1962 insgesamt 728 Mill. DM. Die Zuwachsrate gegenüber 1961 machte 10,4 % aus und war damit wesentlich niedriger als im vorangegangenen Jahr. Fast neun Zehntel des gesamten Landessteueraufkommens entfielen auf die drei Steuern vom Einkommen (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) und die Kraftfahrzeugsteuer. – Da in Schleswig-Holstein von 1956 bis 1961 die Zuwachsraten des Aufkommens an Landessteuern im Ländervergleich stets überdurchschnittlich hoch lagen, konnte es sich – je Einwohner berechnet – dem Bundesdurchschnittsaufkommen, das es im Jahre 1955 nur zu 55 % erreichte, auf 65 % im Jahre 1961 nähern; 1962 fiel es wieder auf 63,8 % zurück. In all den Jahren nahm Schleswig-Holstein hinsichtlich seiner Steuerkraft stets den letzten Platz unter den Ländern ein. Aus dieser Steuerschwäche des Landes ergibt sich die hohe Zuweisung aus dem horizontalen Finanzausgleich. Sie belief sich im Jahre 1962 auf 341 Mill. DM. – Die kassenmäßigen Einnahmen an Gemeindesteuern erreichten 1962 348 Mill. DM. Die weitaus wichtigste Gemeindesteuer ist nach wie vor die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die allein 62% des Gemeindesteueraufkommens erbrachte.

Gemeindestraßen

Seite 205

Zu Beginn des Jahres 1961 gab es in Schleswig-Holstein 22 550 km befestigte öffentliche Straßen. Von diesen Straßen sind rund 330 km Privatstraßen, 15 200 km befinden sich in der Baulast der Gemeinden und 7 000 km in der Baulast von Bund, Land und Kreisen. Von den 15 200 km Gemeindestraßen sind 5 700 km Innerorts- und 9 500 km Außerortsstraßen. – Von den Gemeindestraßen hat ein erheblicher Teil Decken, die modernen Ansprüchen nicht genügen. Erst eine Schutzschicht aus Teer oder Bitumen verleiht der Straße die nötige Festigkeit. Solche Schwarzdecken unterschiedlicher Stärke trägt nur knapp ein Drittel der Straßenlänge. – Die Innerortsstraßen sind im Schnitt breiter als die Außerortsstraßen. Die Klasse mit weniger als 3,5 m Breite umfaßt innerhalb der Orte nur ein Viertel der Länge, ein Fünftel ist über 5,5 m breit. Diese großen Breiten machen bei den Außerortsstraßen nur 2% aus, die Hälfte ist aber schmaler als 3,5 m. – Unter den Landkreisen hat Eiderstedt mit 171 km die kleinste Straßenlänge, Rendsburg mit 1 467 die größte. Der Anteil der Schwarzdecken ist in Eiderstedt mit 8% besonders gering. – Die Gesamtlänge der Gemeindestraßen nahm gegenüber 1956 um 900 km zu. 1956 waren nur 2 200 km der Gemeindestraßen mit Schwarzdecken, Groß- und Kleinpflaster und Zementbetondecken versehen, 1961 aber bereits 5 300 km. Neu gebaut wurden 1 250 km, davon fast die Hälfte mit Decken ohne Oberflächenschutz.

Realkreditinstitute 1962

Seite 208

Der deutsche Kapitalmarkt stand 1962 im Zeichen einer stark abweichenden Entwicklung seiner beiden Teilmärkte. Während der Rentenmarkt eine erhebliche Ausdehnung seines Emissionsvolumens und einen konstanten Kapitalzins verzeichnen konnte, war der Absatz am Aktienmarkt stark rückläufig und die Aktien heftigen Kursschwankungen ausgesetzt. Da aber weiterhin ein großer Finanzierungs-

bedarf bei Wirtschaft und Privaten bestand, konnte der Rentenmarkt zwangsläufig von der Unsicherheit des Aktienmarktes profitieren. Hinzu kam noch ein verstärkter Bedarf der öffentlichen Hand. Die Neuemissionen festverzinslicher Werte stiegen daher 1962 auf die Rekordsumme von 9,5 Mrd. DM. – Das gute Rentenmarktklima und der wachsende Finanzierungsbedarf kam auch den Realkreditinstituten zugute. Sie verzeichneten 1962 einen Nettoabsatz an festverzinslichen Papieren in Höhe von 5,7 Mrd. DM und dehnten ihn damit gegenüber 1961 um 6% aus. Die noch günstigeren Zuwachsraten der anderen Emittenten (öffentliche Hand, Industrie) verschoben jedoch den Anteil am Nettoabsatz zu Ungunsten der Realkreditinstitute. Während diese Institute 1961 noch über vier Fünftel absetzten, waren es 1962 nur noch knapp sieben Zehntel. – Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute konnten ihren Erstabsatz, das ist der erstmalige Verkauf von neu emittierten Schuldverschreibungen, erheblich steigern. Das günstige Ergebnis des Jahres 1961 wurde um über 100 Mill. DM auf 263 Mill. DM ausgeweitet. – Der deutsche Rentenmarkt wurde 1962 vom 6%igen Zinstyp beherrscht. Auch die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute setzten in der Hauptsache Schuldverschreibungen dieses Zinstyps, nämlich beinahe vier Fünftel ihrer Titel, ab. – Dem günstigen Erstabsatz entsprechend haben die schleswig-holsteinischen Institute ihren Umlauf an Schuldverschreibungen erheblich ausdehnen können. Der Zuwachs war 1962 so hoch, daß er mit 228 Mill. DM sogar das Rekordergebnis des Jahres 1959 (162 Mill. DM) deutlich in den Schatten stellte. Den höchsten Nettozuwachs wiesen dabei die Kommunalobligationen aus. – Der Umfang des Aktivgeschäfts der Realkreditinstitute hat sich 1962 kräftig ausgedehnt. Teils durch den erhöhten Erstabsatz, teils durch die verstärkte Hereinnahme von Treuhandsmitteln konnten die schleswig-holsteinischen Institute um ein Siebentel mehr neue langfristige Darlehen zur Verfügung stellen als 1961; sie stellten sich auf 270 Mill. DM.

Infektionskrankheiten 1962

Seite 213

Im langjährigen Vergleich zeichnet sich das Jahr 1962 als das mit der bisher niedrigsten Zahl von Kinderlähmungs-erkrankungen in Schleswig-Holstein aus. Im Laufe dieses Jahres wurden nur 26 Infektionen dieser gefährlichen Krankheit verzeichnet. – Von den vorwiegend Kinder betreffenden Krankheiten zeigt Scharlach die stärkste Verbreitung unter den meldepflichtigen Infektionen. Mit 1 084 gemeldeten Fällen lag die Zahl der Erkrankungen 1962 geringfügig höher als 1961. – Besonders zu erwähnen ist noch der starke Anstieg der Verdachtsmeldungen für Tollwut, die mit 138 Fällen die für 1961 gemeldete Zahl der "Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere" um das Vierfache übersteigt.

Kapitalgesellschaften 1962

Seite 215

Ende 1962 waren 1 195 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 614 Mill. DM sowie eine Aktiengesellschaft, deren Grundkapital von 3 Mill. RM bisher noch nicht auf DM umgestellt wurde, von den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten im Handelsregister eingetragen. Während der Bestand an Aktiengesellschaften fast unverändert geblieben ist, haben die Gesellschaften mbH wiederum beträchtlich zugenommen.

Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins

am 6. Juni 1961

Im Altersaufbau einer Bevölkerung spiegelt sich für rund einhundert Jahre die politische und wirtschaftliche Geschichte des Landes wider.

Die gleichmäßig gegliederte Altersverteilung Schleswig-Holsteins zur Zeit der Volkszählung von 1900 kündigt von der langen Friedenszeit der letzten Jahrhunderte. Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 lassen sich, was ihre Dauer und ihre Auswirkungen anlangt, nur schwerlich mit den beiden Weltkriegen vergleichen. Sie waren erheblich kürzer, und die Menschenleben, die sie auf deutscher Seite forderten, beeinflussten nur geringfügig die Gestalt der Alterspyramide.

Ganz anders haben dagegen die letzten fünfzig Jahre den Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung geformt. Die beiden Weltkriege haben auf Seiten der Männer viele einst starke Jahrgänge dezimiert und zu großen Geburtenausfällen geführt. Aber auch die durch das Übergreifen der Weltwirtschaftskrise sich ausbreitende Arbeitslosigkeit und die gezielte Familienpolitik ab 1933 lassen sich aus dem heutigen Altersaufbau ablesen.

Ein entscheidendes Kennzeichen der jetzigen Altersgliederung ist der hohe Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung. Die in den zurückliegenden Jahren eingetretene Zunahme ist hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen. Einmal haben die bis etwa 1910 reichende Geburtenwelle des vorigen Jahrhunderts sowie der durch die Erfolge der Medizin und die verbesserte Hygiene bewirkte Rückgang der Sterblichkeit zur Folge, daß mehr Personen ins höhere Alter eintreten. Zum anderen verhindert der allgemeine Rückgang der Kinderzahl in den Ehen, daß sich auch weiterhin die früher gewohnten starken Jahrgänge bilden.

Beschreibung des Altersaufbaus von 1961

Der Altersaufbau besitzt einen schmalen Sockel, dessen eingebuchtete Seiten die Geburtenentwicklung seit dem Kriegsende widerspiegeln. Er wird nach oben durch einen tiefen Einschnitt begrenzt. Die Jungen und Mädchen des zugehörigen Jahrgangs waren zur Zeit der Zählung 15 Jahre alt. Ihre geringe Zahl ist u. a. durch die ungewöhnlich hohe Säuglingssterblichkeit des ersten Nachkriegsjahres bedingt. 1945 starben allein 6 400 Kinder, die das erste Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. In den drei Jahren von 1946 bis 1948 traten die nach Kriegen zu beobachtenden Nachholgeburten auf. Die allgemeinen Geburtenziffern (Geburten auf 1 000 Einwohner) erreichten jedoch nicht die-

selbe Höhe wie in den Jahren von 1920 bis 1922. Das liegt daran, daß die Abnahme der Geburten während des 2. Weltkrieges im Gegensatz zum 1. Weltkrieg erst allmählich und erheblich schwächer einsetzte. Die aufgeschobenen Geburten erlangten somit nicht ein so hohes Ausmaß wie nach 1918.

Der Rückgang der Geburten nach 1948, der sich in den gering besetzten Altersjahren 6 bis 11 ausdrückt, findet seine Ursache zum Teil in den recht schwachen Jahrgängen der Elterngeneration von 1923 bis 1932. Die Geburtenabnahme dieser Jahre wiederholt sich somit eine Generation später, wenn auch in abgeschwächter Form. Die Verbreiterung des untersten Teiles des Altersaufbaus hängt mit der nach 1933 einsetzenden Geburtenzunahme zusammen.

Vom Altersjahr 16 bis zum Altersjahr 21 verbreitert sich der Altersaufbau rasch. Die 21-jährigen beiderlei Geschlechts stellen den am stärksten besetzten Geburtsjahrgang überhaupt dar. Der Altersaufbau verjüngt sich dann schnell wieder bis zum Altersjahr 28. Diese unterschiedliche Entwicklung umschließt etwa die Jahre von 1933 bis 1945. Bis 1939 bewirkten steigende Beschäftigung und gesteuerte Familienpolitik wachsende Geburtenzahlen. Der Krieg und die damit verbundene Trennung vieler Familien und die Unsicherheit dieser Zeit ließen die Geburtenwelle allmählich wieder abklingen.

Vom 29. Altersjahr ab verbreitert sich der Altersaufbau erneut, auf der Seite der Männer allerdings nur für etwa 4 Jahre. Während die Jahrgänge bei den Frauen etwa bis zum Alter von 41 Jahren zunehmen und damit nicht nur ein getreues Abbild der wirtschaftlichen Verhältnisse vom Ende des 1. Weltkrieges bis zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, sondern auch von den schon erwähnten Nachholgeburten mit dem hierauf zurückzuführenden Geburten-tiefgeben, ist der Altersaufbau bei den Männern desselben Alters darüber hinaus durch die Kriegsverluste des 2. Weltkrieges gekennzeichnet. Hierdurch hervorgerufen ist der starke Frauenüberschuß, der etwa vom 33. Lebensjahr an einsetzt.

Die zweite tiefe Einbuchtung auf beiden Seiten des Altersaufbaus ist bei den Jahren 42 bis 45 zu erkennen. Sie findet ihre Ursache in den Geburtenausfällen des 1. Weltkrieges. An der geringen Besetzung der männlichen Jahrgänge haben auch die Kriegereignisse von 1939 bis 1945 mitgewirkt.

Der Altersaufbau setzt sich nach der letzten starken Einkerbung auf dem Niveau der vorherigen Altersjahre fort und verbreitert sich bis etwa zum Alter von 53 Jahren. Sodann erfolgt eine langsame Abnahme bis hin zu den höchsten Altersjahren. Auf der Männerseite zeigt sich etwa vom 62. bis 71. Lebensjahr eine leichte Einbuchtung im Altersaufbau. Sie ist durch die Verluste an Männern im 1. Weltkrieg hervorgerufen.

Gegenüber dem Jahr 1950 zeigen sich, wenn man von den Verschiebungen innerhalb der Altersgliederung absieht, die allein durch den Zeitabstand zwischen den beiden letzten Volkszählungen bewirkt worden sind, zwei wesentliche Änderungen. Der schmale Sockel des Altersaufbaus umfaßt nunmehr bereits 15 Altersjahre. Er hat sich seither nur wenig verbreitert. Die zweite Veränderung - die kräftige Zunahme des Anteils der älteren Menschen - hängt einerseits mit dem Fehlen starker jüngerer Jahrgänge, andererseits aber auch, wenigstens bei den Frauen, mit der gestiegenen durchschnittlichen Lebenserwartung der Älteren zusammen.

Aber auch von der Wanderungsbewegung sind entscheidende Änderungen des Altersaufbaus ausgegangen.

Der Einfluß der Wanderungen auf den Altersaufbau

Der Altersaufbau in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik ist seit dem Kriegsende wesentlich durch Wanderungen beeinflusst worden. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Schleswig-Holstein, das so viele Vertriebene und Deutsche aus der SBZ aufnehmen mußte, von denen eine große Zahl dies Land wieder verlassen hat¹.

So sind allein in den elf Jahren zwischen den beiden letzten Volkszählungen rund 380 000 Personen mehr aus Schleswig-Holstein abgewandert als zugezogen². Ein, wenn auch vergleichsweise geringer Wanderungsgewinn ist nur bei den zwischen 1955 und 1961 Geborenen eingetreten. Bei allen anderen Geburtsjahrgängen ergab sich eine Abnahme.

Der Altersaufbau der Personen, um die die schleswig-holsteinische Bevölkerung in den letzten elf Jahren durch die Wanderungsbewegung abgenommen hat, und die Altersgliederung

der am 6. Juni 1961 im Lande wohnenden Bevölkerung weichen für den Zählungstichtag zum Teil erheblich voneinander ab.

Der Anteil der zwischen 1947 und 1961 geborenen Jungen und Mädchen, die am 6. Juni 1961 somit im Alter von 0 bis 14 Jahren standen, ist unter der im Lande gezählten Bevölkerung mehr als doppelt so hoch wie unter den aus der Differenz zwischen Fortgezogenen und Zugezogenen ermittelten Personen.

Wohnbevölkerung und Bevölkerungsabnahme durch Wanderungen nach Geburtsjahr- und Altersgruppen

Geburtsjahr	Ungefähre Altersgruppe am 6. 6. 1961	Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961		Bevölkerungsabnahme durch Wanderungen vom 14. 9. 1950 bis 5. 6. 1961	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
		in %			
1961 - 1947	0 - 14	22,0	18,7	10,3	7,6
1946 - 1937	15 - 24	18,4	14,6	17,9	22,4
1936 - 1917	25 - 44	23,4	24,0	37,7	36,6
1916 - 1897	45 - 64	24,2	27,6	26,3	24,2
1896 und früher	65 u. älter	12,0	15,2	7,7	9,2
Insgesamt		100	100	100	100

Dagegen sind die am Zählungstichtag im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren stehenden Geburtsjahrgänge unter den Personen, um die die Bevölkerungszahl infolge der Wanderungen gesunken ist, beträchtlich stärker vertreten als unter der übrigen Bevölkerung. Die feinere Aufteilung dieser Altersgruppe in der obigen Tabelle zeigt jedoch, daß dieser Unterschied fast ausschließlich die 25- bis 44jährigen Personen und die 15- bis 24jährigen Frauen betrifft. Der Anteil der 45- bis 64jährigen hingegen ist unter der zur Zählung im Lande wohnenden Bevölkerung größer. Dasselbe gilt auch für die noch älteren Personen.

Die Wanderungsbewegung ist somit nicht ohne Einfluß auf den Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung geblieben.

Der Anteil der jungen und der alten Menschen ist durch sie gestiegen, während der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen gesunken ist.

Die gestörte Geschlechterproportion

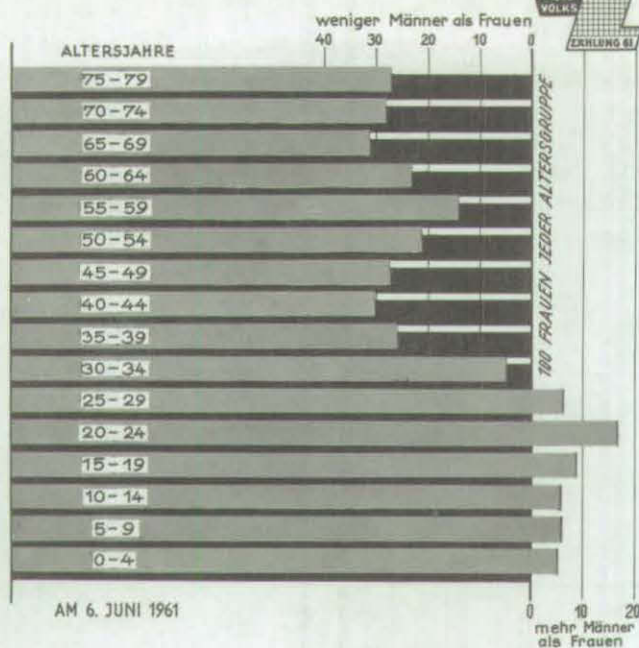
Bei einer ungestörten Bevölkerungsentwicklung wäre unter den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen ein Überwiegen der Zahl der Männer bis

1) siehe auch: "Vier Jahre Umsiedlung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1953, S. 166 ff. (Mai)

2) durch Differenzbildung ermittelt; siehe auch: "Die Bevölkerungsentwicklung in S.-H." in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 372 ff. (Dezember)

MÄNNERMANGEL UND -ÜBERSCHUSS NACH ALTERSGRUPPEN

D-3250



etwa zum Alter von 54 Jahren zu erwarten³. Die höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts würde dann die größere Zahl an Knaben- geburten ausgeglichen haben. Das Schaubild zeigt, daß bei dem jetzigen Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung der Gleichstand der Geschlechterzahl schon rund 20 Altersjahre früher erreicht ist. Der Knaben- bzw. Männerüberschuß bricht etwa beim Alter von 33 Jahren ab. Er nimmt vorher zum Teil beträchtliche Ausmaße an. So stehen bei den 20- bis 24jährigen im Durchschnitt 100 Frauen 117 Männern gegenüber. Die größere Zahl an Männern ist in dieser Altersgruppe u. a. auf die aus anderen Bundesländern zugezogenen Berufs- und Zeitsoldaten zurückzuführen. Dasselbe gilt auch für die 18- und 19jährigen, wenn auch nicht in dem gleichen Umfang.

Der Männermangel wächst rasch an und erreicht, wenn man von den höchsten Altersjahren absieht, bei den 42jährigen seinen Höhepunkt. Nur 67 Männer entfallen hier auf 100 gleichaltrige Frauen. Er geht dann nur allmählich wieder zurück bis zu einem Stand von 87 Männern auf 100 Frauen beim Alter von 56 und 57 Jahren. Die Lücken, die der letzte Krieg in die einzelnen Jahrgänge der Männer schlug, lassen sich aus dieser Entwicklung deutlich ablesen.

Vom 58. Altersjahr ab nimmt der Frauenüberschuß erst langsam, dann stärker bis zum Alter von 70 Jahren zu. Hier wirken die höhere

Sterblichkeit der Männer und die Kriegsverluste aus dem 1. Weltkrieg zusammen.

Der vergleichsweise schwache Frauenüberschuß in den Altersjahren von 54 bis 61 ist darauf zurückzuführen, daß nur ein Teil der Männer dieser Altersgruppe im letzten Krieg im Fronteinsatz stand. Für den Wehrdienst im 1. Weltkrieg waren sie zudem noch zu jung.

In den höheren Altersjahren stehen gleichmäßig etwas mehr als 70 Männer 100 Frauen gegenüber.

Familienstand und Altersaufbau

Familienstand und Altersaufbau einer Bevölkerung hängen voneinander ab. Von besonderer Bedeutung für die gegenwärtige und die zukünftige Gestalt des Altersaufbaus ist der Anteil der Verheirateten und deren altersmäßige Zusammensetzung; denn von zwei Bevölkerungen mit demselben Anteil an Verheirateten ist bei sonst etwa gleichartigem Aufbau jene als günstiger anzusehen, die mehr junge Ehepaare besitzt.

Verheiratete Frauen in den einzelnen Altersgruppen

Altersgruppe	1950		1961	
	Anzahl in 1 000	in %	Anzahl in 1 000	in %
15 - 19	2	2,5	3	4,0
20 - 24	32	35,8	43	43,9
25 - 29	64	63,4	57	78,4
30 - 39	134	72,3	124	82,9
40 - 49	157	75,1	110	71,4
50 - 59	117	68,7	116	65,2
60 - 69	62	52,1	75	52,9
70 und älter	24	28,2	30	26,6
Insgesamt	592	42,8 ^a	557	45,5 ^a

a) in % der gesamten weiblichen Bevölkerung

Von 1950 auf 1961 ist der Anteil der verheirateten Frauen an der weiblichen Bevölkerung Schleswig-Holsteins von 42,8% auf 45,5% gestiegen. Aus der obigen Tab. ist zu ersehen, daß dabei ein zum Teil erheblich größerer Prozentsatz der Frauen in jüngeren Jahren verheiratet ist als zur Zeit der Volkszählung von 1950.

Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen ist in Schleswig-Holstein seit 1950 um mehr als zwei Jahre gefallen. 1961 betrug es nur noch 24,8 Jahre. Der Rückgang beschränkt sich jedoch auf die erstmalig Verheirateten. Bei den verwitweten und den geschiedenen Frauen, die erneut eine Ehe eingegangen sind, hat sich das Heiratsalter dagegen erhöht. Es lag 1961 für die vorher verwitweten Frauen bei 45,4 Jahren und für die schon einmal geschiedenen Frauen

3) H. Schwenk, "Sterbetafel 1958/59 nach Geschlecht und Todesursachen" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 165

ALTERSAUFBAU UND FAMILIENSTAND DER BEVÖLKERUNG SCHLESWIG-HOLSTEINS

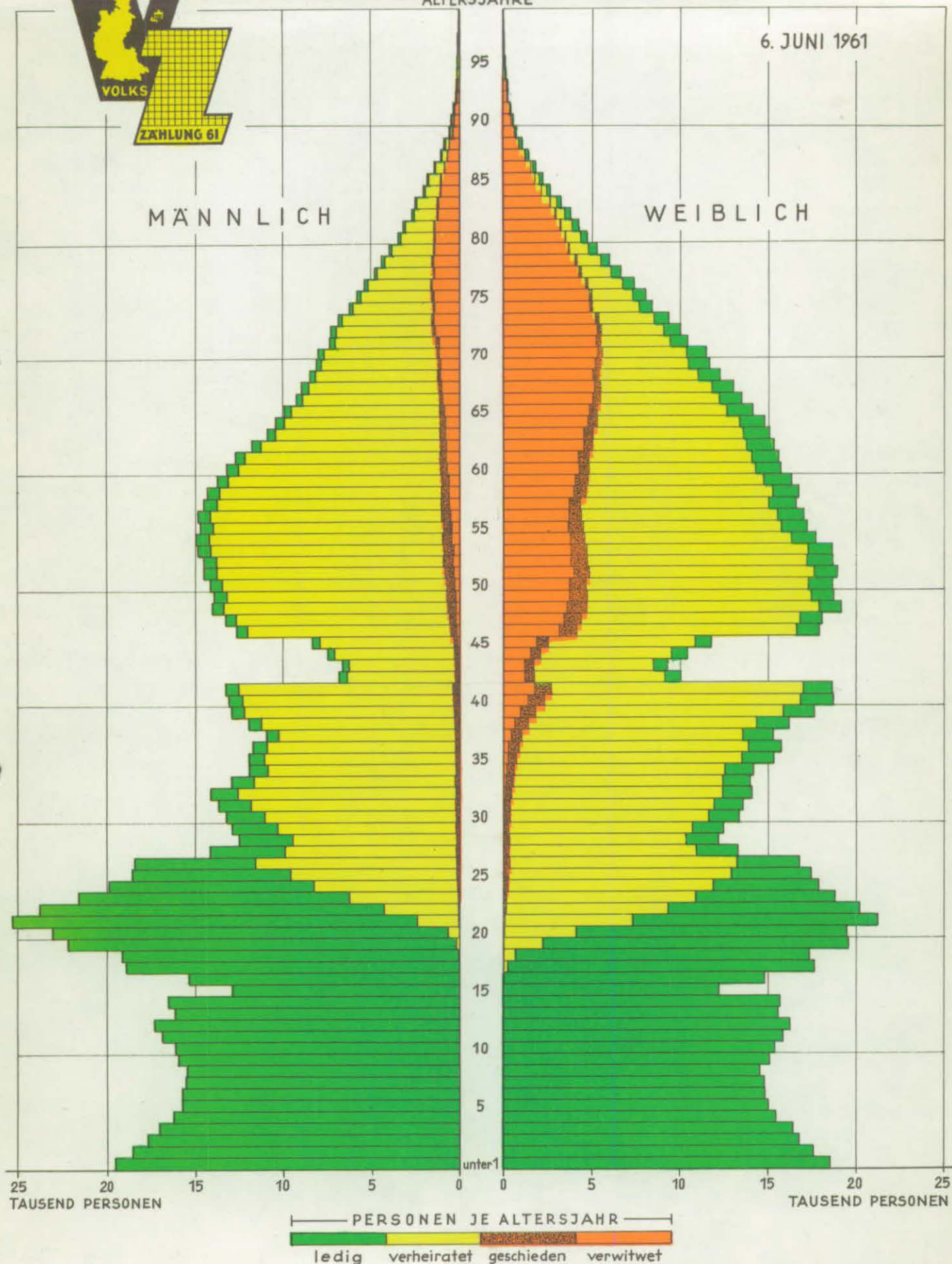


ALTERSJAHRE

6. JUNI 1961

MÄNNLICH

WEIBLICH



bei 36,7 Jahren. Der Anstieg erklärt sich daraus, daß die Frauen, die um 1950 erneut geheiratet haben, wegen der Kriegs- und Nachkriegsereignisse in zum Teil recht jungen Jahren verwitwet oder geschieden waren.

In den höheren Altersgruppen ist der Anteil der verheirateten Frauen durchweg niedriger als zur Volkszählung 1950. Diese Änderung geht mit einem Anstieg des Anteils der Verwitweten und Geschiedenen einher.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand am 6. Juni 1961

Altersgruppe	Männliche Bevöl- kerung	darunter				Weibliche Bevöl- kerung	darunter			
		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden
in 1 000										
unter 15	251	251	—	—	—	237	237	—	—	—
15 — 19	89	88	0	0	—	82	78	3	0	0
20 — 24	114	92	22	0	0	98	54	43	0	1
25 — 29	77	26	50	0	1	72	14	57	0	1
30 — 39	125	12	111	0	2	150	17	124	3	5
40 — 49	109	6	100	1	3	153	12	110	23	8
50 — 59	145	7	129	4	5	177	14	116	39	8
60 — 69	104	4	88	9	3	142	14	75	48	5
70 u. älter	81	3	52	25	1	112	10	30	71	2
Insgesamt	1 094	488	553	39	14	1 224	451	557	185	31
in %										
unter 15	100	100	—	—	—	100	100	—	—	—
15 — 19	100	99,8	0,2	0	—	100	96,0	4,0	0	0
20 — 24	100	80,8	19,0	0	0,2	100	55,3	43,9	0,1	0,6
25 — 29	100	33,6	65,3	0,1	0,9	100	19,4	78,4	0,4	1,8
30 — 39	100	9,3	88,9	0,3	1,5	100	11,4	82,9	2,2	3,4
40 — 49	100	5,0	91,3	0,9	2,7	100	7,9	71,4	15,2	5,4
50 — 59	100	4,9	88,8	2,9	3,3	100	8,1	65,2	21,9	4,7
60 — 69	100	4,0	85,2	8,4	2,4	100	9,7	52,9	34,0	3,4
70 u. älter	100	3,7	64,5	30,4	1,3	100	8,6	26,6	63,0	1,8
Insgesamt	100	44,6	50,5	3,6	1,3	100	36,8	45,5	15,1	2,5

Die obige Tab. bestätigt die bekannte Tatsache, daß die Männer im Durchschnitt nicht so früh heiraten wie die Frauen. Bis zur Altersgruppe der 25- bis 29jährigen ist der Anteil der Ledigen bei den Männern deutlich größer als bei den Frauen. Daß sich dies Verhältnis in den folgenden Altersgruppen verkehrt, ist nicht zuletzt eine Folge der beiden großen Kriege. Das unterschiedliche Heiratsalter der beiden Geschlechter hat dazu geführt, daß die verheirateten Frauen bis zum Alter von 40 bis 49 Jahren in den einzelnen Altersgruppen zahlreicher sind als die verheirateten Männer.

Die verwitweten Personen nehmen naturgemäß mit steigendem Alter zu. Die Witwen, deren Zahl die der verwitweten Männer insgesamt um etwa 146 000 übertrifft, sind dabei in allen Altersgruppen stärker vertreten. Die höhere

Sterblichkeit des männlichen Geschlechts und der Kriegstod der Männer haben dies bewirkt. Auch heiraten die verwitweten Männer häufiger ein zweites Mal als die verwitweten Frauen⁴.

Auch unter den Geschiedenen befinden sich mehr Frauen als Männer, und zwar in allen Altersgruppen. Besonders groß ist unter den Geschiedenen die Zahl der Frauen im Alter von 40 bis 59 Jahren und die der Männer von 50 bis 59 Jahren. Das Überwiegen der geschiedenen Frauen dürfte an ihrer geringeren Heiratschance bzw. ihrem geringeren Heiratswillen liegen⁴.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

4) H. Schwenk, "Erst-Ehen und Wiederverheiratungen" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 420 ff.

Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1962

Das gesamte Steueraufkommen belief sich im Jahre 1962 auf 2 640 Mill. DM; auf den Einwohner umgerechnet ergibt das eine durchschnittliche Steuerbelastung von 1 127 DM. Rund 50 Steuerarten waren an diesem Aufkommen beteiligt; allein auf die fünf ertragreichsten Steuern, es sind dies zwei Bundessteuern, zwei Steuern, in die sich das Land und der Bund teilen und eine Gemeindesteuer, entfallen 74% des Aufkommens.

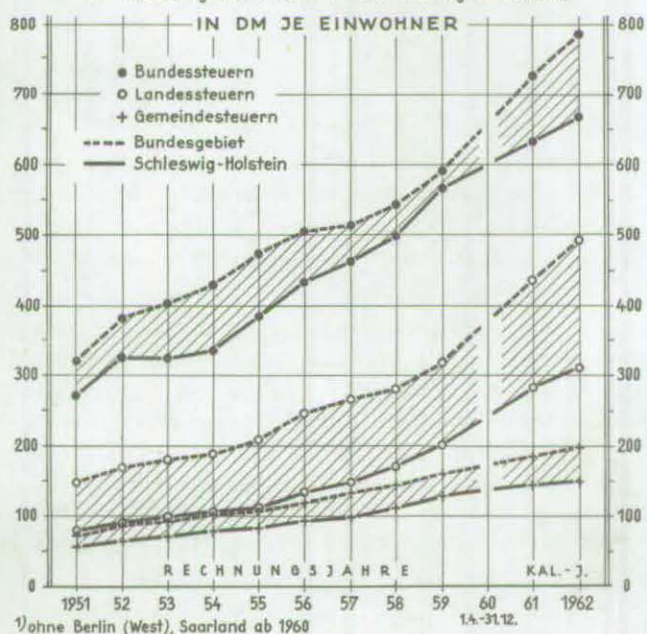
Auf Bund, Land und Gemeinden verteilen sich die Steuereinnahmen wie folgt:

Steueraufkommen in Schleswig-Holstein						
Steuerebene	1962 in Mill. DM	Steueranteile in %				
		Rechnungsjahr				
		1955	1958	1959	1961	1962
Bundessteuer	1 564	66,6	64,0	63,2	59,7	59,2
Landessteuer	728	19,1	21,9	22,6	26,8	27,6
Gemeindesteuer	348	14,3	14,1	14,2	13,6	13,2
Insgesamt	2 640	100	100	100	100	100

Der Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen - es sind dies die veranlagte Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer - hat sich mehrfach im Laufe der Jahre geändert. Im Rechnungsjahr 1954¹ betrug er

D-3256

BUNDES-, LANDES- UND GEMEINDESTEUERAUFKOMMEN im Bundesgebiet¹⁾ und in Schleswig-Holstein



1) Im Rechnungsjahr 1950 flossen die Steuern vom Einkommen voll dem Land zu, in dem folgenden Jahr erhielt der Bund 27 %, im Rechnungsjahr 1952 37 % und in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 38 %

38% - der Anteil der Bundessteuern am gesamten Steueraufkommen war damals mit 64% entsprechend hoch -, ab 1. 4. 1955 beanspruchte der Bund nur 33 1/3 % der Einkommensteuern, ab 1. 4. 1958 wurde der Anteil auf 35% festgesetzt. Seit einiger Zeit wird bekanntlich eine Erhöhung dieses Anteils für 1963 diskutiert.

Der Vorschlag des Vermittlungsausschusses Anfang Juni 1963, den Anteil des Bundes auf 38 % zu erhöhen, hätte für 1962 folgendes Ergebnis gehabt: Das Landessteueraufkommen vermindert sich um 27 Mill. DM auf 701 Mill. DM, mit gleichem Betrag erhöht sich das Bundessteueraufkommen in Schleswig-Holstein auf 1 590 Mill. DM; bei unverändertem Anteil der Gemeindesteuer an allen Steuereinnahmen sinkt der Anteil des Landes auf 26,6 %, der des Bundes steigt auf 60,2 %. Eine weitere Folge der Erhöhung des Bundesanteils wäre außerdem, daß Schleswig-Holstein aus dem horizontalen Länderfinanzausgleich - wegen des darin enthaltenen Steuerverbundes - einen entsprechend geringeren Betrag erhielte. Aus dem gleichen Grunde würden sich aber auch die Schlüsselzuweisungen des Landes an die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreise vermindern.

Die geänderten Beteiligungssätze sind aber nur eine der Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Steuerebenen; ein weiterer Grund ist - wie noch festzustellen sein wird - in dem unterschiedlichen Wachsen der Steuerarten selbst zu suchen. Diese Entwicklung war einmal durch Änderungen in der Steuergesetzgebung, zum anderen auch durch ökonomische Gegebenheiten bedingt.

Zu der Steuerbelastung sind noch die Lastenausgleichsabgabe und die Kirchensteuer hinzuzurechnen; sie beliefen sich 1962 auf 77 Mill. DM und 67 Mill. DM. Die durchschnittliche Belastung der schleswig-holsteinischen Einwohner ist im Laufe der letzten 5 Jahre nicht unerheblich gewachsen. Im Rechnungsjahr 1957 ergab sich eine Gesamtbelastung (einschl. LAG und Kirchensteuer) von 746 DM je Einwohner, sie stieg bis 1958 um 10% auf 821 DM; im darauffolgenden Jahr lag die Zuwachsquote mit 16% erheblich hoch. Die Steigerung im Jahre 1961 betrug weitere 10% und im Jahre 1962 mit einer Gesamtbelastung von 1 189 DM je Einwohner nochmals 6%.

Tatsächlich ist jedoch die durchschnittliche Gesamtbelastung des schleswig-holsteinischen Einwohners nicht genau zu ermitteln, weil das Aufkommen an Bundessteuern für Schleswig-Holstein nicht korrekt festgestellt werden kann.

Aufkommen an Bundessteuern

Für eine Reihe von Bundessteuern kann das regionale Aufkommen nicht voll nachgewiesen

werden, so z.B. für die an erster Stelle rangierende Umsatzsteuer, die in Schleswig-Holstein ein Aufkommen von 510 Mill.DM, das sind 218 DM je Einwohner, erbrachte. Bei einer Zuwachsquote von 8% blieb sie erheblich hinter dem Bundesdurchschnitt zurück (337 DM je Einwohner). Zum Teil ergibt sich das Zurückbleiben dadurch, daß die Umsätze der relativ großen Zahl von Neben- und Zweigbetrieben, deren Hauptniederlassungen außerhalb Schleswig-Holsteins liegen, auch dort - am Sitz des Unternehmens - besteuert werden.

Bei der Tabaksteuer ist das Aufkommen dagegen höher als es dem tatsächlichen Verbrauch an Tabakwaren in Schleswig-Holstein entspricht. Das Aufkommen wird in seiner Höhe von der Menge der angekauften Steuerbanderolen durch die Tabakindustrie bestimmt. An Tabaksteuer kamen in Schleswig-Holstein insgesamt 461 Mill.DM auf; mit 197 DM je Einwohner liegt sie beträchtlich über dem Aufkommen im Bundesgebiet (74 DM je Einwohner). Die Umsatz- und Tabaksteuer erbringen bereits 62% der Bundessteuern in Schleswig-Holstein, die mit 1564 Mill.DM eine Zuwachsrate von 8% im Jahre 1962 hatte. Der 35%ige Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen machte im Rechnungsjahr 1962 insgesamt 311 Mill.DM aus, das entspricht einer Steigerung gegenüber 1961 von 10,7%; ihr Anteil am Bundessteueraufkommen betrug 20%. - Die übrigen 18% entfallen u.a. auf Zölle (100 Mill.DM) und Mineralölsteuer (48 Mill.DM). Das Aufkommen an Mineralölsteuer ist um 21% gesunken, es betrug 1962 21 DM je Einwohner gegenüber 65 DM (+ 215%) im Bundesgebiet. Von einiger Bedeutung sind ferner noch die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol (83 Mill.DM). Das Aufkommen an Beförderungssteuer ist mit 6 DM je Einwohner - gegenüber 14 DM im Bundesgebiet - relativ gering, und zwar deshalb, weil die Einnahmen der Bundesbahn für Schleswig-Holstein von der Bundesbahndirektion in Hamburg nachgewiesen und auch dort versteuert werden.

Das Landessteueraufkommen

Die Steuereinnahmen des Landes im Jahre 1962 sind mit 727,6 Mill.DM um 10,4% angewachsen. Diese Steigerung erreichte nur knapp die Hälfte des Zuwachses im Jahre 1961.

Die bisher höchste Steigerung wurde 1960 mit 24,9% festgestellt. Diese gegenüber dem Bundes- und Gemeindesteueraufkommen günstigere Entwicklung ist auf die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer zurückzuführen. Die Zuwachsquoten dieser beiden Steuern betrugen:

Kalenderjahr	Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer
1960	34,5	21,9
1961	31,3	18,4
1962	21,8	10,2

Die Gründe, die zu dieser Entwicklung führten, sind an anderer Stelle² im einzelnen aufgeführt und zahlenmäßig belegt worden; es sind dies u.a. die steigende Zahl von Steuerpflichtigen, das Aufrücken von Steuerpflichtigen in höhere Lohn- bzw. Einkommengruppen und das Anwachsen der Zahl der nach progressiven Sätzen Besteuernten.

Die Körperschaftsteuer, die bisher mit ihrem Aufkommen - auch nach Abzug des Bundesanteils - an dritter Stelle stand, ist im Jahre 1962 mit 73 Mill.DM (einschl. des Bundesanteils kamen 112 Mill.DM auf) um 13,5% abgesunken; sie steht damit kurz hinter der Kraftfahrzeugsteuer nunmehr an vierter Stelle. Diese Abnahme ist zum Teil durch verminderte Steuerzahlungen der Werftindustrie begründet. Noch 1961 betrug die Zuwachsquote der Körperschaftsteuer 15,1% und im Jahre 1960 sogar 36,2%. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß in diesem Steueraufkommen auch Zahlungen - und in noch stärkerem Maße Rückzahlungen - aus früheren Rechnungsjahren enthalten sind, und zwar in erheblicherem Umfange als bei der veranlagten Einkommensteuer.

Das Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer erreichte 1962 73,9 Mill.DM; die günstige Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus der zunehmenden Zahl der Kraftfahrzeuge, aus den geringeren Abmeldungen von Kraftfahrzeugen im Winterhalbjahr und aus der Bevorzugung von Wagen größerer Klasse bei Neukäufen.

Landessteueraufkommen

Steuerart	1962		Steigerung 1962 gegenüber Rechnungsjahr	
	Mill. DM	Anteil am Landesaufkommen in %	1961	1955
			in %	
Landessteuern insgesamt	728	100	10	188
darunter				
Lohnsteuer	240	33,0	22	205
veranlagte Einkommensteuer	259	35,6	10	206
Körperschaftsteuer	73	10,0	-14	212
Kraftfahrzeugsteuer	74	10,0	13	157

2) Stat. Berichte LO/1961-1 und Stat. Monatsh. S.-H. 1963, Heft 6

Auf die drei Steuern vom Einkommen und die Kraftfahrzeugsteuer entfallen insgesamt 89% des gesamten Landessteueraufkommens. Von einiger Bedeutung sind nur noch die Vermögensteuer mit 28,1 Mill. DM (1961 28,7 Mill. DM) und die Lotteriesteuer mit 10,8 Mill. DM (Zuwachsquote: 11%). Alle übrigen 10 Steuerarten bleiben mit ihrem Aufkommen zum Teil weit unter 10 Mill. DM.

Die Einnahmen aus Landessteuern sind auch im ersten Rechnungsvierteljahr 1963 (1.1. - 31.3.) weiter angestiegen. Allerdings hat sich die Zuwachsquote weiter verringert, sie belief sich auf 9% gegenüber 16% im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Große Einkommensteigerungen weist mit 21% die Lohnsteuer (vergleichbares Vierteljahr des Vorjahres + 36%) und mit je 10% die veranlagte Einkommensteuer (+ 12%) und die Kraftfahrzeugsteuer (+ 11%) auf, während die Körperschaftsteuer um 9% (- 1%), die Vermögen- und Grunderwerbsteuer um 5% geringere Einnahmen nachweisen.

Da in Schleswig-Holstein von 1956 bis 1961 die Zuwachsquoten des Aufkommens an Landessteuern im Ländervergleich stets überdurchschnittlich hoch lagen, konnte es sich dem Bundesdurchschnittsaufkommen, das es im Jahre 1955 nur zu 55% erreichte, auf 65% im Jahre 1961 nähern; im Jahre 1962 fiel es wieder auf 63,8%. In all den Jahren nahm es hinsichtlich seiner Steuerkraft stets den letzten Platz unter den Ländern ein.

Landessteueraufkommen
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

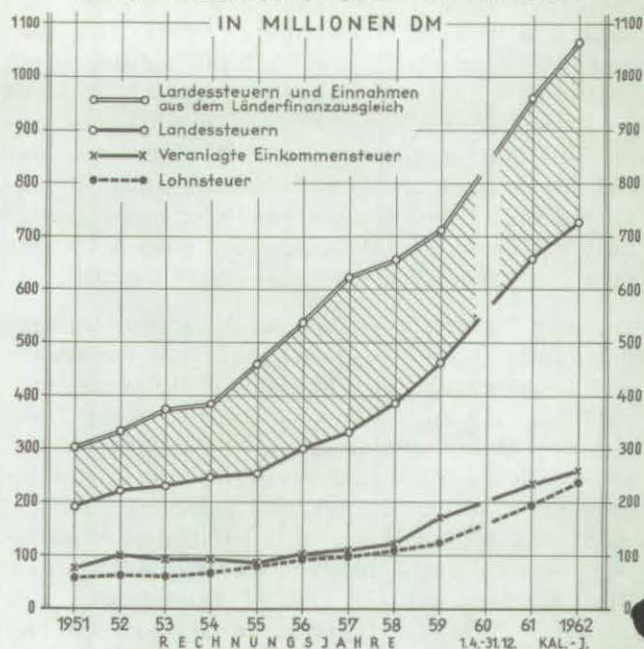
		Rechnungsjahr				
		1955	1957	1959	1961	1962
Schleswig-Holstein	Landessteuereinkommen insgesamt Mill. DM	252	330	435	659	728
	Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr in %	3,7	14,3	16,0	21,4	10,4
	DM je Einw.	110	146	190	284	311
Bundesgebiet ¹⁾	DM je Einw.	199	265	300	435	487
	Schleswig-Holstein in % des Bundesdurchschnitts	55,3	55,1	63,5	65,2	63,8

1) Länder - ab 1960 einschl. Saarland -, Hansestädte und Berlin (West)

Das relativ höchste Aufkommen hatte 1962 Hamburg mit 957 DM je Einwohner, und unter den Flächenländern Nordrhein-Westfalen mit 551 DM je Einwohner, knapp gefolgt von Hessen mit 550 DM. In der Reihenfolge der Länder blieb Bayern, Berlin (West), Niedersachsen,

D-3257

LANDESSTEUERAUFKOMMEN UND EINKÄUFEN AUS DEM LÄNDERFINANZAUSGLEICH



Rheinland-Pfalz, Saarland (325 DM) und Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt. Die geringe Steuerkraft Schleswig-Holsteins ergibt sich durch relativ niedrigere Aufkommen in fast allen Steuerarten, insbesondere bei der Körperschaftsteuer. Hier erreichte Schleswig-Holstein 48 DM je Einwohner gegenüber 137 DM je Einwohner in den Ländern des Bundesgebietes. Aber auch im Lohnsteueraufkommen blieb Schleswig-Holstein mit 158 DM beachtlich unter dem Bundesdurchschnitt (216 DM). Lediglich bei der Kraftfahrzeugsteuer hielt Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt mit 32 DM knapp ein, allerdings liegen auch alle anderen Länder nahe über oder unter dem Bundesdurchschnitt.

Aus dieser Steuerschwäche Schleswig-Holsteins ergibt sich die hohe Zuweisung aus dem horizontalen Finanzausgleich. Sie belief sich im Jahre 1962 auf 341 Mill. DM oder 146 DM je Einwohner, das ist eine um 13% höhere Zahlung als im Rechnungsjahr 1961.

Das Aufkommen an Gemeindesteuern

Die kassenmäßigen Einnahmen erreichten im Rechnungsjahr 1962 eine Höhe von 348 Mill. DM, das sind 13,3 Mill. DM oder 4% mehr als im Vorjahr. Die Einkommensteigerung ist sowohl auf höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme (+ 9,1 Mill. DM oder 4%) als auch aus der Grundsteuer B (+ 9%) zurückzuführen.

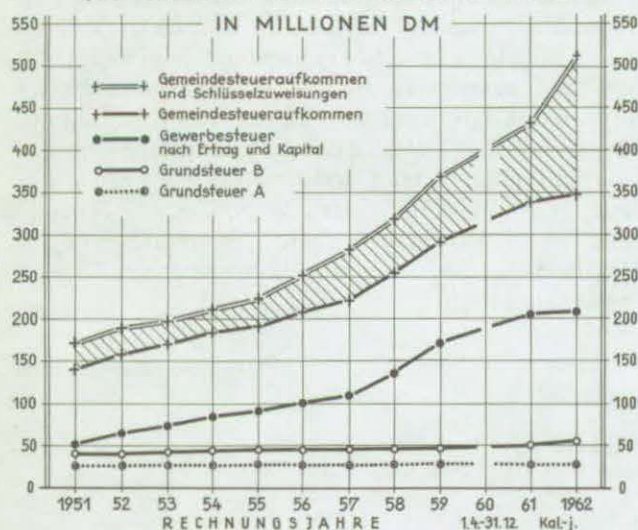
Gemeindesteueraufkommen 1962

Steuerart	Mill. DM	Anteil am Auf- kommen in %	Steigerung 1962 gegenüber Rechnungsjahr 1961 1955 in %
Gemeindesteuern insgesamt	348	100	4,0
darunter			
Gewerbesteuer			
nach Ertrag und Kapital	215	61,6	3,0
Gewerbesteuer nach Lohnsummen	24	6,8	18,0
Grundsteuer B	56	15,9	9,0
Grundsteuer A	28	8,0	-0,0

Die weitaus wichtigste Gemeindesteuer ist nach wie vor die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die allein 62% des Gemeindesteueraufkommens erbringt und damit für den überwiegenden Teil der Gemeinden eine wichtigere Rolle spielt als die Umsatzsteuer oder veranlagte Einkommensteuer für den Bund bzw. das Land. Die Zuwachsrate dieser Steuer war bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 1% auffällig gering gegenüber dem Vorjahr, in dem noch eine Steigerung von 7% erreicht wurde. In den kreisfreien Städten ergab sich ein um 5% höheres Aufkommen als im Vorjahr; damals war das Aufkommen in diesen 4 Städten um 2% gesunken.

D-3258

AUFKOMMEN AN GEMEINDE- UND KREISSTEUERN UND EINKÜNFEN AUS SCHLÜSSELZUWEISUNGEN



Im Rahmen des Gewerbesteueraufkommens spielen die Gewerbesteuerausgleichsbeträge eine erhebliche Rolle. Es sind dies Zahlungen von Gemeinden, in denen Betriebe ihren Sitz haben, die Arbeitnehmer von anderen Gemeinden beschäftigten. Diese Arbeitnehmer verstärken die Gewerbesteuerkraft der "Betriebsgemeinden", belasten aber durch Inanspruch-

nahme öffentlicher Dienste die "Wohngemeinde". Grundlage der Ausgleichszahlungen ist die Zahl der "pendelnden" Arbeitnehmer und die Gewerbesteuerkraft der Betriebsgemeinde. Die Höhe des Ausgleichsbetrages bestimmt sich nach dem "Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden" vom 25.3.1960; er kann je Arbeitnehmer im Höchstfall 100 DM betragen.

Insgesamt wurden 13,9 Mill. DM von Wohngemeinden vereinnahmt und 9,0 Mill. DM von Betriebsgemeinden gezahlt. Der Unterschied von 4,9 Mill. DM Mehreinnahmen ergibt sich aus der sehr viel größeren Zahl von Einpendlern - und zwar besonders aus Hamburg - nach Schleswig-Holstein. Wenn die Ausgleichsbeträge nach Gemeindegrößenklassen aufgedgliedert werden, erkennt man, daß bei den kleineren Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern die Einnahme aus derartigen Ausgleichsbeträgen die Ausgabe zum Teil beträchtlich übersteigt; bei den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern gleichen sich die Beträge fast aus; bei den kreisfreien Städten ist die Ausgabe jedoch um das Mehrfache höher als die Einnahme.

Gewerbeausgleichsbeträge 1962

Gemeindegruppe	Ein- nahme	Aus- gabe	Ein- nahme	Aus- gabe	Saldo	
	in 1 000 DM		in DM je Einw.		Ein- nahme	Aus- gabe
					in 1 000 DM	
Kreisfreie Städte	316	3 128	0,50	4,60	-	2 812
Kreisangeh. Gemeinden mit						
20 000 – 50 000 Einw.	1 627	1 534	6,20	5,90	93	-
10 000 – 20 000 "	1 600	1 048	6,60	4,40	552	-
5 000 – 10 000 "	2 349	1 142	9,00	4,40	1 207	-
3 000 – 5 000 "	1 429	849	7,80	4,60	580	-
2 000 – 3 000 "	974	130	12,80	1,70	844	-
weniger als 2 000 "	5 576	1 198	8,80	1,90	4 378	-
Kreisangeh. Gemeinden zus.	13 555	5 901	8,20	3,60	7 654	-
Schleswig-Holstein	13 871	9 029	5,90	3,90	4 842	-

Die Grundsteuer B ist bis zum Jahre 1960 nur geringfügig gestiegen, da der Wohnungsbau zum weitaus größten Teil für die Dauer von 10 Jahren nach Erstellung des Baues steuerbefreit ist. Diese Zeit ist nunmehr für die Bauten des Jahres 1951 im Rechnungsjahr 1961 und 1952 im Rechnungsjahr 1962 ausgelaufen. Es ergab sich folgerichtig im Rechnungsjahr 1961 erstmalig eine größere Einkommensteigerung von 7,4% und 1962 von 9,2%. Auch in Zukunft wird mit größeren Zuwachsquoten gerechnet werden können.

Die Vergnügungssteuer hat mit einem Aufkommen von 2,7 Mill. DM einen neuen Tiefstand erreicht. Das Steueraufkommen hat sich gegen-

über dem Vorjahr (5,1 Mill. DM) fast halbiert. Damit liegt dieses Aufkommen erstmalig niedriger als das an Gemeindegetränksteuer, das im Rechnungsjahr 1962 6,0 Mill. DM erreichte, obwohl die Zahl der Gemeinden, die eine Gemeindegetränksteuer noch erheben, erheblich abgenommen hat. Noch im Jahre 1955 wurde diese Steuer von 255 Gemeinden erhoben, 1961 dagegen nur noch von 148, und im Jahre 1962 verzichteten weitere 18 Gemeinden auf sie. Das auf den Einwohner berechnete durchschnittliche Aufkommen streut immer noch innerhalb der Gemeindegrößenklassen erheblich, weil die Steuereinnahmen häufig von der Größe der Gemeinde abhängen.

Gemeindesteueraufkommen 1962
in DM je Einwohner

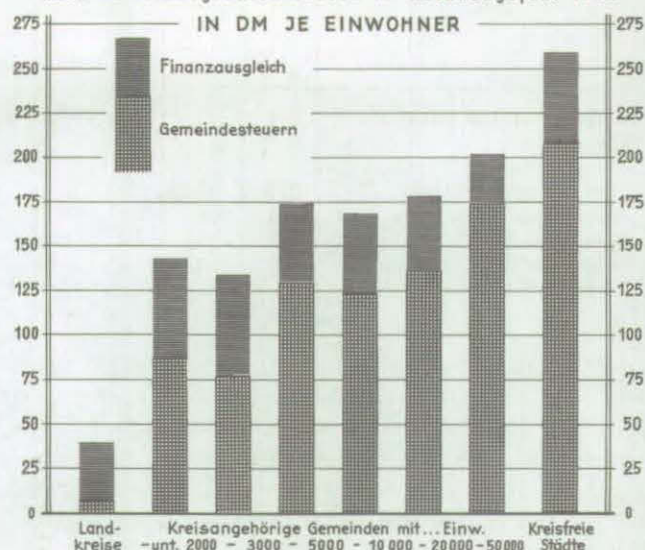
Gemeindegruppe	Ins- gesamt	darunter			Dagegen Einnahmen aus Schlüssel- zuweisungen	
		Ge- werbe- steuer nach Ertrag und Kapital	Grund- steuer A	Grund- steuer B		
					1962	1963
Kreisfreie Städte	207,60	130,70	0,60	35,50	51,80	43,00
Kreisangeh. Gemein- den mit ... Einw.						
20 000 - 50 000	174,00	133,70	1,30	28,50	27,80	23,40
10 000 - 20 000	136,30	98,80	1,90	25,60	41,80	35,80
5 000 - 10 000	122,70	85,40	5,40	22,80	45,80	39,80
3 000 - 5 000	129,10	93,60	7,50	21,40	44,90	37,70
2 000 - 3 000	77,50	35,90	13,30	15,60	56,70	51,80
weniger als 2 000	86,90	31,00	36,00	10,50	55,70	50,10
Kreisangehörige Gemeinden zus.	117,70	72,70	16,60	18,90	46,60	40,90
Landkreise	6,90	-	-	-	32,70	28,30
Schleswig-Holstein	148,70	89,60	11,90	23,70	71,20	61,50

Die Grundsteuer auf landwirtschaftlichen Betrieben steigt mit sinkender Größenklasse. Das Aufkommen an Grundsteuer B und an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital verhält sich dagegen umgekehrt: Geringeren Einnahmen in den kleineren Gemeinden steht ein höheres Aufkommen in den Städten gegenüber. Allerdings

D-3259

FINANZAUSGLEICH UND GEMEINDESTEUERN

nach Gemeindegrößenklassen im Rechnungsjahr 1962



wird das mit wachsender Gemeindegrößenklasse steigende Aufkommen an Gewerbesteuer einmal unterbrochen, und zwar von den Gemeinden von 3 000 bis 5 000 Einwohner.

Die Baulandsteuer, die im Rechnungsjahr 1961 61 000 DM erbrachte, stellte sich 1962 bereits auf 1,3 Mill. DM.

In einer Zusammenstellung der Haushaltsvoranschläge der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern für das Jahr 1963 wurde das dort geschätzte Steueraufkommen zusammengestellt. Es beläuft sich auf insgesamt 245 Mill. DM, es wird mithin eine Zuwachsquote von knapp 7% für 1963 erwartet. Insgesamt dürfte sich das Gemeindesteueraufkommen damit auf schätzungsweise 370 Mill. DM belaufen. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital wird rund 216 Mill. DM erreichen, das würde einer Steigerung von 3,0% entsprechen. Die Grundsteuer B dürfte eine Mehreinnahme von mehr als 10% zu erwarten haben.

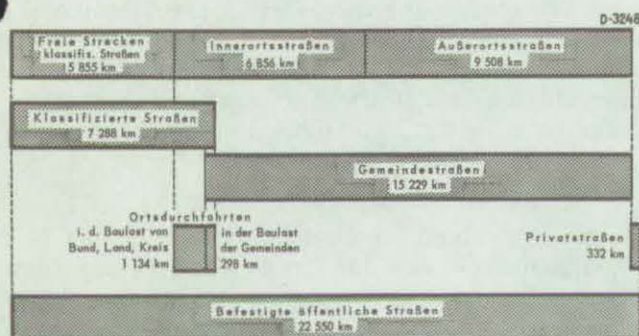
Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Das Steueraufkommen im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 152 (Mai)

Gemeindestraßen in Schleswig-Holstein

In der heutigen Zeit der Motorisierung dient das gesamte Straßennetz bis hinein in die Dörfer dem Kraftfahrzeugverkehr. Damit sind die Gemeindestraßen auch ein Beobachtungsobjekt für den Statistiker geworden. Eine erste Erhebung nach dem Stande vom 31. 3. 1956 hat hier einen Überblick geschaffen, doch hafteten ihr noch viele Mängel an. Die neue Erhebung nach dem Stande vom 1. 1. 1961 hat sie beseitigt. Da für den gleichen Stichtag auch Angaben über die klassifizierten Straßen vorliegen, kann ein Gesamtüberblick gegeben werden.

Zu Beginn des Jahres 1961 gab es in Schleswig-Holstein 22 550 km befestigte öffentliche Straßen. Es ist nötig, diesen Begriff zu erläutern, da man sonst die folgenden Ausführungen nicht verstehen kann. Eine Hilfe gibt das nachstehende Begriffsschema.



Von den Sachverhalten, die im Wegerecht eine Rolle spielen, bedient sich die Statistik der

"Baulast". Für die Zuordnung kommt es also nicht auf das Eigentum an der Straße an, sondern darauf, wer die Baulast trägt. So sind Straßen in privatem Eigentum, aber in der Baulast der Gemeinde, als Gemeindestraßen ausgewiesen. Grundsätzlich wurden in die Erhebung Straßen nur dann einbezogen, wenn sie befestigt sind und dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr dienen.

Hierbei kam es nicht auf die Widmung, sondern auf die tatsächliche, augenblickliche Nutzung an. Neben den in der Erhebung erfaßten Straßen gibt es sowohl Gemeinde-, wie auch Privatstraßen, die zwar befestigt, aber nicht dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr dienen, und solche, die zwar vom Kraftverkehr genutzt werden, aber nicht befestigt sind.

Von den 22 550 km befestigte öffentliche Straßen sind rund 330 km Privatstraßen, 15 200 km befinden sich in der Baulast der Gemeinden und 7 000 km in der Baulast von Bund, Land oder Kreisen. Zu den Gemeindestraßen gehören auch 300 km Ortsdurchfahrten, die gleichzeitig zu den klassifizierten Straßen rechnen. Nach der Verkehrsbedeutung kann man in Innerortsstraßen teilen, zu den 1 400 km Ortsdurchfahrten im Zuge von klassifizierten Straßen und 5 400 km sonstige Innerortsstraßen zählen, und in Außerortsstraßen, denen die freien Strecken der klassifizierten Straßen an die Seite zu stellen sind. Die Privatstraßen sind bei der Gliederung nicht berücksichtigt. Im folgenden werden wir uns nur mit den Straßen in der Baulast der Gemeinden beschäftigen.

Gemeindestraßen nach Straßenarten und Deckenarten in km

Straßenart	Deckenart							Insgesamt
	Einfach befestigte Fahrbahn	Wasser-gebundene Decken	Schwarz-decken	Groß-pflaster	Klein-pflaster	Altes Kopfstein-pflaster	sonstige Decken	
Innerortsstraßen	1 405	929	2 386	449	123	321	108	5 721
Außerortsstraßen	4 936	2 143	2 243	24	6	64	92	9 508
davon								
Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen	1 048	585	794	7	4	24	46	2 508
Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden und Ortsteilen	2 271	870	955	14	1	33	19	4 163
Wirtschaftswege	754	425	250	0	0	2	12	1 444
sonstige Außerortsstraßen	864	262	244	2	1	5	14	1 393
Straßen insgesamt	6 342	3 071	4 629	473	129	385	200	15 229

Von den 15 200 km Gemeindestraßen sind 5 700 km Innerorts- und 9 500 km Außerortsstraßen. Etwa ein Viertel der Außerortsstraßen stellen Verbindung der Ortschaften mit den klassifizierten Straßen her, 4 200 km verbinden die Gemeinden und Ortsteile untereinander. Weitere

1 400 km sind Wirtschaftswege. Sie dienen zwar auch dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr, ihre Hauptbedeutung liegt aber in der Erschließung der angrenzenden Ländereien. Befestigte Wirtschaftswege, die nicht dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr dienen, sind nicht erfaßt. Ein er-

heblicher Teil der Gemeindestraßen hat Decken, die modernen Ansprüchen nicht genügen. Das sind in erster Linie einfach befestigte Fahrbahnen, in die nur Kies- oder Sandschüttungen eingewalzt oder eingefahren sind. Auch die wassergebundenen Decken sind nicht genügend widerstandsfähig. Besonders bei Trockenheit saugen die Reifen schnellfahrender Fahrzeuge den bindenden Sand aus der Decke und reißen dann den Schotter auf. Erst eine Schutzschicht aus Teer oder Bitumen verleiht der Straße die nötige Festigkeit. Solche Schwarzdecken unterschiedlicher Stärke trägt nur knapp ein Drittel der Straßenlänge. Die leichteste Ausführung, die Oberflächenschutzschicht unter 1,5 cm Dicke, ist bei 1 100 km vorhanden. Pflasterdecken kommen hauptsächlich in den Orten vor. Von ihnen genügt das alte Kopfsteinpflaster auch nicht mehr den modernen Anforderungen. Von den sonstigen Decken sind 80 km Zementbetondecken, die voll brauchbar sind. Der Rest von 120 km bedarf zum größten Teil der Verbesserung.

Für die Brauchbarkeit einer Straße ist nicht nur ihre Decke, sondern auch ihre Breite entscheidend. Die Innerortsstraßen sind im Schnitt breiter als die Außerortsstraßen. Die Klasse mit weniger als 3,5 m Breite, die nur den Personenwagen müheloses Begegnen gestattet, umfaßt innerhalb der Orte nur ein Viertel der Länge. Ein Fünftel ist über 5,5 m breit. Diese großen Breiten machen bei den Außerortsstraßen nur 2% aus, die Hälfte ist aber schmaler als 3,5 m. Ein erheblicher Teil der Gemeindestraßen zeigt Mängel der einen

Gemeindestraßen nach Straßenarten und Fahrbahnbreiten in km

Straßenart	Fahrbahnbreite					
	weniger als 3,5 m	3,5 m bis 5,5 m	5,5 m bis 6,5 m	6,5 m bis 7,5 m	mehr als 7,5 m	ins- ge- samt
Innerortsstraßen	1 432	3 112	740	216	222	5 721
Außerortsstraßen	4 869	4 462	142	21	13	9 508
Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen	1 136	1 312	53	4	4	2 508
Verbindungsstraßen zwischen Gemeinde und Ortsteilen	1 928	2 142	76	15	3	4 163
Wirtschaftswege	999	442	1	—	1	1 444
Sonstige Außerorts- straßen	807	566	12	2	6	1 393
Straßen insgesamt	6 301	7 574	882	237	234	15 229

oder anderen Art, sei es, daß sie zu schmal sind, sei es, daß ihre Decken nicht fest genug sind. Von den 6 700 km Verbindungsstraßen sind nur gut 1 100 km wenigstens 3,5 m breit und mit einer Schwarz- oder Zementbetondecke oder modernem Pflaster versehen. Innerhalb der Ortschaften sieht es besser aus. Dort entspricht fast die Hälfte der Straßen dieser Mindestanforderung. Man muß aber bedenken, daß hier der ruhende Verkehr oft die für den Fahrverkehr nutzbare Breite einschränkt.

In den einzelnen Kreisen hängt die Größe des Straßennetzes von der Größe des Kreises, der Siedlungsart, dem örtlichen Vorkommen von Straßenbaustoffen und noch von weiteren heutigen und früheren wirtschaftlichen Faktoren ab. So ergaben sich große Unterschiede in der

Gemeindestraßen nach Kreisen und Deckenarten in km

KREISFREIE STÄDTE Kreise	Deckenart					Gemeindestraßen		
	Einfach befestigte Fahrbahnen	wasser- gebundene Decken	Schwarz- decken	Pflaster- decken	sonstige Decken	insgesamt	je 10 000 Einwohner	je 100 qkm
FLensburg	10	22	79	45	1	157	16	316
KIEL	17	22	145	156	3	343	13	434
LÜBECK	48	36	273	88	5	450	19	223
NEUMÜNSTER	43	4	43	41	1	131	18	371
Eckernförde	359	199	179	14	1	753	115	97
Eiderstedt	43	103	13	8	5	171	91	51
Eutin	341	85	132	18	—	576	64	103
Flensburg-Land	444	352	277	2	—	1 074	168	113
Hzgt. Lauenburg	532	85	250	114	17	999	77	79
Husum	96	262	207	18	7	589	94	69
Norderdithmarschen	132	156	98	34	12	433	75	72
Oldenburg (Holstein)	347	139	318	25	9	838	106	100
Pinneberg	244	153	332	95	33	857	40	123
Plön	756	231	283	45	3	1 317	121	111
Rendsburg	692	259	454	50	12	1 467	94	97
Schleswig	673	307	218	40	0	1 237	126	117
Segeberg	601	66	326	20	1	1 014	108	78
Steinburg	215	121	273	44	53	706	58	75
Stormarn	415	119	171	107	8	821	58	104
Süderdithmarschen	175	136	187	17	21	536	75	69
Südtondern	161	215	368	7	9	760	128	89
Schleswig-Holstein	6 342	3 071	4 629	987	200	15 229	66	97

Dichte des Netzes und in seinem Ausbauzustand. Unter den Landkreisen hat Eiderstedt mit 171 km die kleinste Straßenlänge, Rendsburg mit 1 467 km die größte. Der Anteil der Schwarzdecken ist in Eiderstedt mit 8% besonders gering. Im allgemeinen liegt er bei einem Viertel bis zu einem Drittel. Nur in Südtondern erreicht er die Hälfte, da hier viele Straßen im Rahmen des Programms "Nord" ausgebaut wurden. Einen interessanten Hinweis auf die historische Entwicklung des Straßennetzes gibt die Tatsache, daß im Herzogtum Lauenburg noch 73 km und in Stormarn noch 79 km altes Kopfsteinpflaster vorhanden sind.

Bezieht man die Straßenlänge auf die Einwohnerzahl, so ergibt sich für die kreisfreien Städte wegen der hohen Bevölkerungszahl ein besonders niedriger Quotient. Unter den Landkreisen steht Pinneberg mit 40 km je 10 000 Einwohnern an letzter Stelle, an der Spitze dagegen Flensburg-Land mit 168 km. Für die Stellung Pinnebergs ist die in den letzten Jahrzehnten stark angewachsene Bevölkerung die Ursache. Im Kreis Flensburg-Land haben Siedlungsstruktur und günstige Naturverhältnisse den Straßenbau gefördert. Schon diese kurze Betrachtung zeigt, daß die Beziehung zur Einwohnerzahl nur eine Seite der Sache zeigt. Will man mehr wissen, muß man die Straßenlänge auch auf die Fläche beziehen. Die kreisfreien Städte haben ein besonders dichtes Straßennetz. Unter den Landkreisen hat Eiderstedt das lockerste mit 51 km je 100 qkm, Pinneberg das dichteste mit 123 km. Daß Pinneberg von dem letzten auf den ersten Platz gesprungen ist, verwundert nicht, wenn man weiß, daß es unter den Landkreisen die größte Bevölkerungsdichte hat (309 Einwohner je qkm), die fast das Dreifache des Durchschnittes der Landkreise beträgt. Dichte je Einwohner und Flächendichte des Straßennetzes stehen ja über die Bevölkerungsdichte miteinander in Beziehung, und zwar so, daß die Dichte je Einwohner multipliziert mit der Bevölkerungsdichte die Flächendichte des Straßennetzes ergibt:

$$\frac{\text{km}}{\text{Einwohner}} \cdot \frac{\text{Einwohner}}{\text{qkm}} = \frac{\text{km}}{\text{qkm}}$$

Diese Beziehungszahlen geben zusammen ein recht gutes Bild der Verhältnisse.

Wenn in einer Statistik eine Bestandsmasse beobachtet wird, liegt es nahe, nur ihre Veränderungen zu registrieren und den Bestand damit fortzuschreiben. Für die Gemeindestraßenstatistik bietet sich dieses Verfahren besonders an, weil alle Straßenneu- und -umbauten leicht erfaßt werden können. Um es anzuwenden, muß man aber eine möglichst fehlerfreie Ausgangsposition haben, um alte Fehler

nicht ständig fortzuschleppen. Vergleicht man mit der Erhebung von 1956, so ist zu erkennen, welcher Fortschritt in der Genauigkeit erzielt wurde.

In der Darstellung der Ergebnisse jener Erhebung¹ wurde schon darauf hingewiesen, daß die damaligen Zahlen nur vorläufig sein könnten, da eine Reihe von Straßen zu Unrecht erfaßt seien, andere dagegen nicht erfaßt wurden, die in die Erhebung hineingehörten. Für eine Prüfung im einzelnen war damals noch keine Gelegenheit gewesen. Diese Prüfung ist inzwischen erfolgt. Mit Hilfe von Meßtischblättern wurde jede Straße geprüft und Zweifel mit den Gemeinden geklärt. Auf diese Weise konnten berichtete Ergebnisse für 1956 aufgestellt werden, die, zusammen mit denen von 1961, veröffentlicht wurden². Die Berichtigungen geben Aufschluß über die jetzt erreichte Genauigkeit. Die Gesamtlänge wurde nur um 57 km gekürzt. Es mußten aber 1 046 km Straßen als irrtümlich erfaßt herausgenommen werden, 989 km andere Straßen waren dagegen übersehen worden. Es darf jetzt angenommen werden, daß die Länge, von Kleinigkeiten abgesehen, die nur in Gemeindeergebnissen Bedeutung haben, zuverlässig ist. Für 379 km war eine falsche Deckenart angegeben. Meist waren einfach befestigte Fahrbahnen als wassergebundene Decken, zum Teil auch Teppichbeläge als mittelschwere Schwarzdecken angegeben worden. Wenn es auch bei den Deckenarten weniger Prüfungsmöglichkeiten gab, so gab es doch auch weniger Fehlermöglichkeiten, da der Ermessensspielraum fehlte. War die Straße erfaßt, mußte sie auch eine Decke haben. Fehler konnten nur durch Mißverstehen der Definitionen entstehen. Typisch ist es, daß sich die Fehler als Verschiebungen innerhalb der Gruppen der Decken ohne Oberflächenschutz und der Schwarzdecken zeigten. Hier liegen nämlich auch die Abgrenzungsschwierigkeiten. Heute sind auch die Angaben über die Deckenart zuverlässig, besonders, wenn man die eben genannten Gruppen im Auge hat.

Ein weiteres erfaßtes Merkmal ist die Straßenart. 1956 zählten auch Straßen zwischen den Ortsteilen zu den Innerortsstraßen. Diese Definition bot einen großen Ermessensspielraum und war darum wenig glücklich. Man hat sie deshalb geändert. 1961 sind Innerortsstraßen nur Straßen in geschlossener Ortslage, also zwischen den gelben Ortstafeln. Durch diese Klarheit in der Definition gewann man Zuverlässigkeit und Prüfbarkeit, gab allerdings die

1) Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 171 ff. (Juli)

2) Stat. Bericht H O/Gemeindestraßen 1961, ausgegeben am 10.5.1963

Vergleichbarkeit der Straßenarten von 1956 und 1961 auf. Das Merkmal der Straßenbreite ist erst 1961 hinzugekommen. Weil es einfach festgestellt werden kann - im allgemeinen ist die Fahrbahnbreite gleich der Deckenbreite - und weil nur Breitenklassen gefragt waren, sind Fehler kaum zu erwarten.

Die berichtigten Ergebnisse für 1956 lassen sich mit denen von 1961 vergleichen, so daß man einen Überblick über die Entwicklung gewinnt. Die Gesamtlänge nahm um 900 km zu. Damit ist aber recht wenig gesagt. Mehr sagt es schon, wenn man erfährt, daß 1956 2 200 km mit Schwarzdecken, Groß- und Kleinpflaster und Zementbetondecken versehen waren, 1961 aber bereits 5 300 km.

Um Klarheit zu gewinnen, muß man noch die einzelnen Faktoren herauschälen. 124 km Straßen wurden in die Baulast der Gemeinden übernommen (Tabelle), das sind Privatstraßen, deren Baulast neu geregelt oder geklärt wurde, oder Ortsdurchfahrten im Zuge von klassifizierten Straßen, die nach der Anlage von Umgehungsstraßen herabgestuft wurden. 471 km wurden aus der Baulast der Gemeinden abgege-

ben. Meist sind das Straßen, die zu klassifizierten aufgestuft wurden und damit in die Baulast von Kreis, Land oder Bund übergingen.

Neu gebaut wurden 1 250 km, davon fast die Hälfte mit Decken ohne Oberflächenschutz. Der Rest waren fast ausschließlich Schwarzdecken. Die größte neue Straßenlänge hatte Südtondern mit 240 km, dicht gefolgt von Husum mit 216 km. Besonders klein war das Neubauergebnis in Plön (17 km) und Eckernförde (19 km), wenn man von den kreisfreien Städten absieht, von denen nur Lübeck eine nennenswerte Strecke neu baute.

Zum Bauergebnis gehören neben den Neubauten auch die Umbauten. Sie erstreckten sich auf 3 100 km. Davon hatten 2 800 km ursprünglich nur eine Decke ohne Oberflächenschutz. Fast 500 km erhielten bei der Verbesserung nur eine wassergebundene Decke. Die übrigen wurden mit einer Schwarzdecke versehen. Auch 150 km Pflasterdecken, hauptsächlich altes Kopfsteinpflaster, verschwanden. Eine Reihe von Schwarzdecken wurde auch verbessert. Von den 2 600 km Schwarzdecken, die nach dem Umbau vorhanden waren, hatten 580 km eine Oberflächenschutzschicht, 840 km Teppichbeläge und 1 070 km mittelschwere Decken. Die restlichen 104 km trugen schwere Decken. Unter den Landkreisen hatte die kleinste Umbauleistung Eiderstedt mit 28 km, die größte Rendsburg mit 350 km.

Mit der Erhebung von 1961 ist die Gemeindestraßenstatistik auf einen Stand gebracht, der wertvolle Aussagen über das Straßennetz und die investierte Bauleistung gestattet. Die Erhebungen sollen in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Sollen weiterhin gute Ergebnisse gebracht werden, so muß der jetzige Stand gehalten und möglichst noch verbessert werden.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Entwicklung des Bestandes der Gemeindestraßen
vom 31. 3. 1956 - 1. 1. 1961 in km

	Deckenart					Insgesamt
	Einfach befestigte Fahrbahn	Wassergebundene Decken	Schwarzdecken	Pflasterdecken	sonstige Decken	
Übernommene Straßen	23	20	49	16	17	124
Abgegebene Straßen	167	139	116	25	24	471
Neubauten	217	363	640	6	21	1 247
Umbauten						
vorher	1 678	1 131	113	155	47	3 123
nachher	-	479	2 598	25	22	3 123

Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1962

Der deutsche Rentenmarkt 1962

Der deutsche Kapitalmarkt stand 1962 im Zeichen einer stark abweichenden Entwicklung seiner beiden Teilmärkte. Während der Rentenmarkt eine erhebliche Ausdehnung seines Emissionsvolumens und einen konstanten Kapitalzins verzeichnen konnte, waren der Absatz

am Aktienmarkt stark rückläufig und die Aktien heftigen Kursschwankungen ausgesetzt. So schwere Kurseinbrüche wie 1962 hat es am deutschen Aktienmarkt der Nachkriegszeit noch nicht gegeben. Die Aktien büßten im Laufe des Jahres 1962 durchschnittlich ein Viertel ihres Nettokurswertes ein. Die Ursachen sind in einer Anhäufung von Baissemotiven zu suchen:

Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz im Frühjahr, Unsicherheit in der Berlinfrage, Kubakrise, skeptische Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, Verlangsamung der Wachstumsraten und anderes. Daher wurden auch dem Kurswert nach nur für 2,2 Mrd. DM neue Aktien, gegenüber 3,3 Mrd. DM ein Jahr zuvor, abgesetzt.

Da aber weiterhin ein großer Finanzierungsbedarf bei Wirtschaft und Privaten bestand, mußte der Rentenmarkt zwangsläufig von der Unsicherheit des Aktienmarktes profitieren. Hinzu kam noch ein verstärkter Bedarf der öffentlichen Hand. Die Neuemissionen festverzinslicher Werte, die schon 1961 den hohen Netto-Betrag - d. h. nach Abzug der Tilgungen - von 7,8 Mrd. DM erreicht hatten, stiegen daher 1962 auf die Rekordsumme von 9,5 Mrd. DM. Läßt man die Entwicklungshilfleanleihe des Jahres 1961 in Höhe von 1,2 Mrd. DM außer acht, da sie von der Wirtschaft mehr oder weniger zwangsweise gezeichnet wurde, die Beträge also sonst zum größten Teil sicherlich nicht dem Rentenmarkt zugute gekommen wären, dann wurden 1961 nur knapp 6,7 Mrd. DM aufgelegt. Der Nettoabsatz nahm also 1962 um 2,8 Mrd. DM oder über vier Zehntel zu.

Neben den Realkreditinstituten, die seit jeher der größte Emittent der Bundesrepublik sind, griffen, wie schon oben angedeutet, die öffentliche Hand und die Industrie verstärkt auf den Anleihemarkt zurück. So begab allein die öffentliche Hand Anleihen in Höhe von 2,4 Mrd. DM, gegenüber 0,8 Mrd. DM - ohne Entwicklungshilfe - ein Jahr zuvor, und die Industrie Obligationen in Höhe von 0,6 Mrd. DM (1961: 0,1 Mrd. DM). Die wachsende Inanspruchnahme des Rentenmarktes durch die öffentliche Hand zeigt einen sich in den nächsten Jahren sicher noch verstärkenden Wandel ihrer Finanzierungsgewohnheiten: Die Zeit der extremen Haushaltsüberschüsse, in der es möglich war, große Teile des außerordentlichen Haushalts aus Steuerüberschüssen zu finanzieren, ist offensichtlich vorbei. Das bedeutet andererseits, daß die Periode als abgeschlossen zu betrachten ist, in der der Staat den Rentenmarkt weitgehend schonte. Ob der deutsche Rentenmarkt diesen Anforderungen gewachsen ist, bleibt abzuwarten. Ähnlich ist die Lage in der Industrie. Durch die Verringerung der Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung entstand ein erhöhter Kapitalbedarf. Dieser Bedarf an langfristigen Mitteln konnte jedoch durch die Aufnahme von Eigenkapital (Aktien) nicht gedeckt werden, da die Verfassung des Aktienmarktes zu schlecht war. Die Industrie mußte daher ebenfalls in erheblich größerem Umfang als im vorangegangenen Jahr den Rentenmarkt in Anspruch nehmen.

Umso erstaunlicher ist es, daß das Klima des Rentenmarktes wesentlich besser war als in früheren Jahren. Denn trotz des Rekordbetrages an Neuemissionen und der zusätzlichen Belastungen durch die weltpolitischen Spannungen schwankte die Rendite der festverzinslichen Wertpapiere nur zwischen 5,8% und 6,2%. Eine solche Stabilität hatte der deutsche Rentenmarkt in den Nachkriegsjahren noch nie erreicht. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer vorsichtigen Emissionspolitik der Emittenten, die sich dem Markt durch Variierung der Laufzeiten und anderer Konditionen anpaßten. Die Deutsche Bundesbank, die noch 1961 mit zwei Herabsetzungen des Diskontsatzes und neun Ermäßigungen der Mindestreservesätze um eine Senkung des Zinsniveaus bemüht war, trug durch ihre Zurückhaltung von zinspolitischen Maßnahmen ebenfalls dazu bei. Dies läßt hoffen, daß der deutsche Rentenmarkt bald wieder die Stellung im Kapitalmarkt einnimmt, nämlich als stabiler Faktor, die ihm ursprünglich zugeacht worden ist. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Anpassung an das internationale Zinsniveau, d. h. eine Senkung des deutschen Kapitalzinses. Der erste vorsichtige Vorstoß zu Beginn des Jahres 1962, als 5,75%ige Papiere emittiert wurden, blieb leider nach relativ kurzer Zeit stecken, so daß in der zweiten Jahreshälfte der 6%ige-Wertpapierotyp wieder eindeutig vorherrschte. Das hat sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1963 nicht geändert.

Das gute Rentenmarktklima und der wachsende Finanzierungsbedarf kam auch den Realkreditinstituten zugute. Die Realkreditinstitute verzeichneten 1962 einen Nettoabsatz an festverzinslichen Papieren in Höhe von 5,7 Mrd. DM und dehnten ihn damit gegenüber der Rekordsumme des Jahres 1961 (5,4 Mrd. DM) um 6% aus. Die noch günstigeren Zuwachsraten der anderen Emittenten verschoben jedoch den Anteil am Nettoabsatz zuungunsten der Realkreditinstitute. Während die Realkreditinstitute 1961 noch über vier Fünftel absetzten, waren es 1962 nur noch knapp sieben Zehntel. Entsprechend verdoppelte sich der Anteil der öffentlichen Hand von einem Achtel auf ein Viertel, und der der Industrie wuchs von 1% auf 6%. Für die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute war das Jahr 1962 besonders ergiebig. Mit insgesamt 228 Mill. DM war ihr Nettoabsatz beinahe doppelt so hoch wie 1961, als er 115 Mill. DM ausgemacht hatte.

Der Erstabatz von Schuldverschreibungen

Unter dem Erstabatz versteht man den erstmaligen Verkauf von neu emittierten Schuldverschreibungen; im Gegensatz zum Bruttoabsatz, in dem auch der Verkauf älterer

Emissionen, die die Banken noch nicht vollständig absetzen konnten, und der Wiederverkauf von Papieren, die die Kunden zurückgegeben haben oder die sonst zurückgekauft wurden, enthalten ist. Der Bruttoabsatz hat also zwangsläufig immer mindestens die Höhe des Erstabsatzes, während der Nettoabsatz, der sich aus dem Bruttoabsatz abzüglich der Tilgungen früherer Emissionen zusammensetzt, zumeist niedriger als der Bruttoabsatz und in der Regel auch geringer als der Erstabsatz ist. Der Erstabsatz kann als der Kern des Passivgeschäfts der Realkreditinstitute angesehen werden.

Erstabsatz von Schuldverschreibungen
der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute

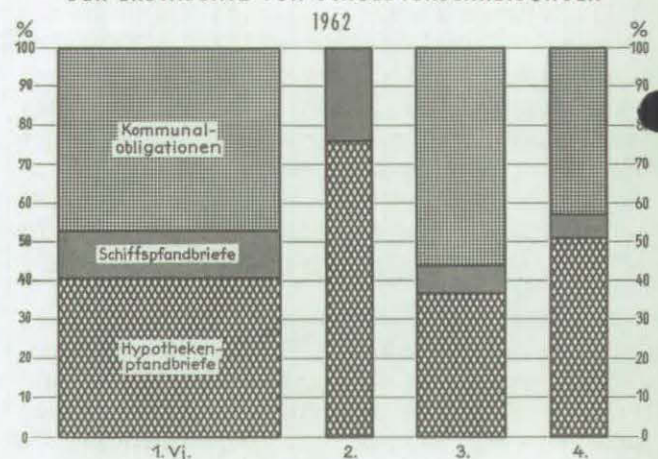
Zeitraum	Ins- gesamt	davon		
		Hypo- theken- pfand- briefe	Schiffs- pfand- briefe	Kommunal- obligationen
		Mill. DM		
1961 1. Hj.	110	54	26	29
" 2. Hj.	50	38	8	4
1961	159	92	34	33
1962 1. Vj.	141	58	16	66
" 2. "	30	22	7	0
" 3. "	56	21	4	31
" 4. "	36	18	2	16
1962	263	120	29	113
dagegen Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1962	6 851	4 021	127	2 703

Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute konnten ihren Erstabsatz an Hypothekenspfandbriefen, Schiffspfandbriefen und Kommunalobligationen erheblich steigern. Das günstige Ergebnis des Vorjahres wurde um über 100 Mill.DM auf 263 Mill.DM ausgeweitet. Vom gesamten Erstabsatz des Jahres 1962 entfielen 120 Mill. DM auf Hypothekenspfandbriefe, 29 Mill.DM auf Schiffspfandbriefe und 113 Mill.DM auf Kommunalobligationen. Die Hypothekenspfandbriefe, von denen fast drei Zehntel mehr verkauft wurden als 1961, haben zwar immer noch innerhalb des Erstabsatzes ein Übergewicht, ihr Anteil schränkte sich jedoch stark zugunsten der Kommunalobligationen ein. Dies dürfte jedoch ein zufälliges Ergebnis sein und ist nicht etwa auf eine rückläufige Bautätigkeit zurückzuführen, denn im Ganzen des Bundesgebietes war die Nachfrage nach Hypotheken und damit die Ausgabe von Hypothekenspfandbriefen unvermindert groß. Sie machten im Bundesgebiet fast drei Fünftel des Erstabsatzes aus. Der Erstabsatz von Schiffspfandbriefen, der in der Bundesrepublik um annähernd zwei Drittel anstieg, war in Schleswig-Holstein leicht rückläufig. Es wurden mit 29 Mill.DM nur noch ein

Viertel der 127 Mill.DM Schiffspfandbriefe des Bundesgebietes von den schleswig-holsteinischen Instituten placiert, gegenüber vier Zehntel ein Jahr zuvor. Sie spielen aber mit einem Zehntel des gesamten Erstabsatzes in Schleswig-Holstein immer noch eine größere Rolle als im übrigen Bundesgebiet. An Kommunalobligationen wurden von den schleswig-holsteinischen Instituten mit 113 Mill.DM beinahe der vierfache Betrag des Jahres 1961 untergebracht. Sie haben damit in Schleswig-Holstein erstmals anteilmäßig ein größeres Gewicht als im Bundesdurchschnitt. Die Kommunalobligationen stellten in Schleswig-Holstein über vier Zehntel des Erstabsatzes, während es im Bundesgebiet nur knapp vier Zehntel waren.

D-3261

DER ERSTABSATZ VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN



Das gute Rentenmarktklima und die anhaltende Aufnahmebereitschaft der Anleger für festverzinsliche Papiere fand im Bundesgebiet ihren Ausdruck u. a. in den relativ geringen Schwankungen des Erstabsatzes. Bei den schleswig-holsteinischen Instituten traten diese Auswirkungen nicht ein. Vielmehr wurde im 1. Vierteljahr über die Hälfte des Jahreserstabsatzes verkauft und im 1. Halbjahr dadurch fast doppelt soviel wie im 2. Halbjahr. Die in den vorangegangenen Jahren für Schleswig-Holstein feststellbare Tendenz, daß der Erstabsatz im 2. Halbjahr stark abfällt, hat sich damit bestätigt.

Die Zinskonditionen des Erstabsatzes

Der deutsche Rentenmarkt wurde im Jahre 1962 vom 6%igen Zinstyp beherrscht. Auch die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute setzten in der Hauptsache Schuldverschreibungen dieses Zinstyps, nämlich beinahe vier Fünftel ihrer Titel, ab. Im 1. Vierteljahr machte der Erstabsatz von 6%igen Papieren

noch knapp zwei Drittel des gesamten Erstabsatzes aus, während die 5,5%igen, zusammen mit einem kleinen Rest an 5%igen, das restliche Drittel stellten; im 2. Vierteljahr waren es schon drei Viertel und in den beiden letzten Vierteljahren jeweils beinahe der gesamte Absatz, der von den 6%igen Papieren gestellt wurde. Im Bundesgebiet war die Vorherrschaft des 6%igen Typs nicht so ausgeprägt. Er stellte jedoch mit drei Fünfteln den bei weitem höchsten Anteil. Daß auf den 5,5%igen Zinstyp noch drei Zehntel entfielen, ist auf die günstige Marktlage und die steigenden Rentenkurse zu Beginn des Jahres, als die Einmalemittenten Papiere mit einer Zinsausstattung von 5,75% unterbrachten, zurückzuführen. Im Laufe des Jahres dominierten die 6%igen Schuldtitel immer stärker und stellten im letzten Vierteljahr über vier Fünftel aller Erstverkäufe im Bundesgebiet.

Die Zinskonditionen des Erstabsatzes
der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute

Schuldverschreibung	Zu- sammen	davon zu		
		5 %	5,5 %	6 %
		Mill. DM		
Hypothekendarlehen	120	1	46	72
Schiffsdarlehen	29	—	7	22
Kommunalobligationen	113	0	3	109
Insgesamt	263	2	57	204
dagegen Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	6 851	391	2 054	4 066

Im einzelnen ergibt sich bei den drei Wertpapierarten der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute ein dem Gesamtergebnis ähnliches Bild. Nur bei den Kommunalobligationen ist das Übergewicht des 6%igen Papiers besonders groß.

Tilgungen aus dem Neugeschäft

Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute lösten im Jahre 1962 für insgesamt 38 Mill. DM Schuldverschreibungen, die sie in früheren Jahren abgesetzt hatten, ein. Die Summe des Vorjahres (41 Mill. DM) wurde damit, im Gegensatz zum Bundesgebiet, wo die Tilgungen laufend zunehmen, nicht ganz erreicht. Im 1. Halbjahr, am stärksten im April und Juni, wurde mit 27 Mill. DM der bei weitem höhere Betrag verlost und eingelöst. Die Tilgungen betrafen in erster Linie 7,5%ige Papiere, also hochverzinsliche Schuldverschreibungen. Die Institute lösten diese Schuldverschreibungen ein, um dafür im Zuge einer Marktanpassung niedriger verzinsliche (zu 6%) aufzulegen. Da sich der Trend zum Kauf von festverzinsli-

chen Wertpapieren im Laufe des Jahres weiterhin verstärkte, konnten die Institute damit rechnen, daß die aus den Tilgungen angefallenen Beträge überwiegend zum Neuerwerb von Schuldverschreibungen verwendet wurden, was auch eingetreten ist. Das bedeutet andererseits, daß schätzungsweise ein Siebentel des Erstabsatzes durch die Erlöse aus Tilgungen finanziert worden ist. Bei den Schiffsdarlehen, die die höchste Tilgungssumme nachweisen, würde sich sogar eine Quote von gut zwei Dritteln ergeben.

Umlauf an Schuldverschreibungen

Dem günstigen Erstabsatz entsprechend haben die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute ihren Umlauf an Schuldverschreibungen erheblich ausdehnen können. Der Zuwachs war 1962 so hoch, daß er mit 228 Mill. DM nicht nur den des Vorjahres um beinahe das Doppelte übertraf, sondern auch das Rekordergebnis des Jahres 1959 (162 Mill. DM) deutlich in den Schatten stellte. Den höchsten Nettozuwachs wiesen dabei nicht, wie in den Vorjahren, die Hypothekendarlehen, sondern die Kommunalobligationen aus, sie teilen sich etwa beide in den Nettozuwachs, während der Umlauf der Schiffsdarlehen nur geringfügig zunahm. Der Gesamtumlauf des Neugeschäfts, das ist das nach der Währungsreform von 1948 getätigte, stellte sich am 31.12.1962 auf 962 Mill. DM. Er erhöhte sich mit drei Zehntel stärker als im Bundesgebiet (+ 1/5) und nähert sich der Milliarden-Grenze. Die Hypothekendarlehen sind

Der Umlauf an Schuldverschreibungen¹
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Art der Schuldverschreibung	Bestand am		
	31.12.1961	30.6.1962	31.12.1962
	Mill. DM		

Schleswig-Holstein

Hypothekendarlehen	370	442	477
Schiffsdarlehen	162	170	170
Kommunalobligationen	203	266	315
Schuldverschreibungen insgesamt	734	878	962
Außerdem			
hinterlegte Namensschuldverschreibungen	314	315	351
sonstige aufgenommene Darlehen	410	369	352

Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Hypothekendarlehen	17 764	19 579	21 361
Schiffsdarlehen	484	513	561
Kommunalobligationen	12 522	13 681	14 543
Schuldverschreibungen insgesamt	30 770	33 773	36 466
Außerdem			
hinterlegte Namensschuldverschreibungen	4 239	4 364	4 603
sonstige aufgenommene Darlehen	11 905	12 477	13 172

1) einschl. vorverkaufter Stücke

am Umlauf mit 477 Mill. DM oder der Hälfte, die Schiffspfandbriefe mit 170 Mill. DM oder einem Sechstel und die Kommunalobligationen mit 315 Mill. DM oder einem Drittel beteiligt. Während der Anteil der Hypothekenspfandbriefe fast unverändert blieb, dehnte sich der der Kommunalobligationen kräftig aus (1961: 28%), und der der Schiffspfandbriefe nahm entsprechend ab.

Durch die kräftigen Tilgungen der Schuldverschreibungen mit hohen Zinssätzen ist der Umlauf der mit 7% und mehr verzinsten Titel, der schon im Vorjahr gering war, nur noch unbedeutend. Das 8%ige Papier wurde von den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten völlig aus dem Verkehr gezogen. Die 5,5%igen und 6%igen Papiere stellen, ebenso wie beim Erstabsatz, den höchsten Anteil am Gesamtumlauf.

Trotz des hohen Erstabsatzes konnten die Realkreditinstitute die verstärkten Darlehenswünsche ihrer Kreditnehmer nicht allein aus den Emissionserlösen finanzieren. Vielmehr mußten wieder in beachtlichem Umfang zusätzliche Finanzierungsmittel (wie etwa Darlehen gegen hinterlegte Namensschuldverschreibungen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau) in Anspruch genommen werden. Allerdings hat sich die Relation zwischen Emissionserlös und zusätzlichen Finanzierungsmitteln weiterhin verbessert. Sie betrug im Bundesgebiet 2 : 1 und in Schleswig-Holstein etwa 3 : 2 gegenüber fast 1 : 1 im Jahre 1961. Von einer weitgehenden Eigenfinanzierung kann man also noch längst nicht sprechen. Daß der Markt überhaupt so ergiebig war, liegt vor allem an den verstärkten Käufen des inländischen Nichtbankenpublikums, dabei besonders von Privatpersonen, die durch die Stabilität des Zinses wieder stärkeres Vertrauen zum Wertpapiersparen faßten.

Aktivgeschäft

Der Umfang des Aktivgeschäfts der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute hat sich im Jahre 1962 kräftig ausgedehnt. Teils durch den erhöhten Erstabsatz, teils durch die verstärkte Hereinnahme von Treuhandmitteln konnten die schleswig-holsteinischen Institute um ein Siebentel mehr neue langfristige Darlehen zur Verfügung stellen als 1961; sie stellten sich auf 270 Mill. DM. Der Bestand an langfristigen Darlehen überschritt damit Ende 1962 die 2 Mrd.-Grenze (2,1 Mrd. DM). Zum gleichen Zeitpunkt ergab sich bei den Realkreditinstituten im Bundesgebiet ein Darlehensbestand von 56,7 Mrd. DM; die Neuausleihungen erhöhten sich um ein Fünftel und machten über 10 Mrd. DM aus. Der Umfang der Kreditgewährung war

im Laufe des Jahres sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet recht unterschiedlich. Besonders im 1. Vierteljahr waren die Kreditnehmer zurückhaltend. Daher waren die von den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten gewährten Darlehen im 2. Halbjahr mit 151 Mill. DM um 31 Mill. DM höher als im 1. Halbjahr.

Wie im Vorjahr entfiel der anteilmäßig größte Betrag an Neuausleihungen auf die Kommunal-darlehen. Für beinahe 60 Mill. DM wurden den schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbänden neue langfristige Darlehen gewährt. Wie die Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein in ihrem Geschäftsbericht 1962 mitteilt, dienten sie u. a. der Förderung des Fremdenverkehrs und Meliorationsvorhaben. Ein Teil ist jedoch auch Wohnungsbauvorhaben zugeflossen, so daß sich in Wirklichkeit die Hypotheken auf Wohnungsneubauten noch stärker ausgeweitet haben. Beachtlich ist, daß die Hypotheken auf Wohnungsneubauten trotz des Baustops und des relativ hohen Zinssatzes mit 52 Mill. DM höher waren als 1961 (47 Mill. DM). In der Hauptsache liegt diese Steigerung in den erhöhten Baukosten und dem gestiegenen Wohnkomfort begründet.

Die langfristigen Ausleihungen
der Realkreditinstitute – einschl. Treuhandmittel –

Art der Darlehen	Schleswig-Holstein		Bundes- gebiet ¹⁾
	Bestand am Jahresende		
	1961	1962	
	Mill. DM		
Langfristige Darlehen insgesamt	1 862	2 133	56 668
darunter			
Hypotheken auf			
Wohnungsneubauten	254	306	25 646
landwirtschaftl. Grundstücken	92	117	4 204
Kommunal-darlehen	421	480	14 931
Schiffshypotheken	453	495	2 108
Darlehen für Siedlungszwecke	462	514	514
darunter Treuhandmittel	454	507	507

1) einschl. Berlin (West)

Die Darlehen für Siedlungszwecke, die fast nur in Schleswig-Holstein ausgewiesen werden, hatten mit einer Neugewährung von 52 Mill. DM die gleiche Höhe wie im Vorjahr. Diese für die Errichtung von Landarbeiter- und Nebenerwerbssiedlungen bereitgestellten Mittel werden von den Realkreditinstituten bis auf einen kleinen Rest nur treuhänderisch verwaltet. Die Geldgeber sind in der Hauptsache der Bund, vertreten durch die Deutsche Siedlungsbank, und das Land Schleswig-Holstein.

Trotz der unvermindert angespannten Lage in der Schifffahrt hatte das Kreditgeschäft dieser Sparte mit 42 Mill. DM beinahe den gleichen

Umfang wie 1961 (45 Mill. DM). Förderungsmaßnahmen des Bundes und des Landes Schleswig-Holsteins sowie das "400-Mill.-DM-Programm" der Kreditanstalt für Wiederaufbau haben bewirkt, daß auch weiterhin Bauaufträge inländischer Reedereien an die schleswig-holsteinischen Werften erteilt und dadurch Schiffskredite nachgefragt wurden.

Bei den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten wiesen die Siedlungsdarlehen mit 514 Mill. DM den größten Bestand am Jahresende 1962 aus; während im Bundesgebiet die Hypotheken auf Wohnungsneubauten mit beinahe der Hälfte aller Darlehen den größten Anteil stellten. Den zweiten Platz nehmen in Schleswig-Holstein mit 495 Mill. DM die Schiffshypo-

theken ein. Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute stellten fast ein Viertel aller bis zum 31. 12. 1962 im Bundesgebiet gewährten Schiffshypotheken zur Verfügung. Die Kommunaldarlehen (480 Mill. DM), die im Bundesgebiet mit Abstand den zweiten Platz einnehmen, folgen in Schleswig-Holstein knapp hinter den Schiffshypotheken auf Platz drei. Alle übrigen Realkredite fallen, bis auf die Hypotheken für Wohnungsneubauten (306 Mill. DM), kaum ins Gewicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 14 (Januar)

Infektionskrankheiten 1962

Am 1. Januar 1962 ist das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundesseuchengesetz) in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurden die Meldevorschriften für Infektionskrankheiten bundeseinheitlich neu gefaßt. Anstelle der in den vorangegangenen Jahren von Land zu Land unterschiedlichen Krankheitsverzeichnisse ist mit dem § 3 des Gesetzes ein einheitlicher Katalog der anzeigepflichtigen Krankheiten getreten. Das Verzeichnis der Krankheiten ist umfassender geworden, besonders ist die Meldepflicht bei bestimmten Infektionen auch auf Verdachtsfälle und Todesfälle ausgedehnt worden.¹

Die im zurückliegenden Jahr am meisten bemerkenswerte Entwicklung zeigen die Erkrankungen an Kinderlähmung. Im Laufe des Jahres wurden nur 26 Infektionen dieser gefährlichen Krankheit bekannt. 1961 lag die Zahl der Polio-Erkrankungen mit 192 über siebenmal so hoch. Im langfristigen Vergleich zeichnet sich das Jahr 1962 als das mit der bisher niedrigsten Zahl von Kinderlähmungserkrankungen in Schleswig-Holstein überhaupt aus. Nach dem Kriege lagen die jährlich bekannt gewordenen Erkrankungszahlen stets beträchtlich höher. Auch in den Jahren vor dem Kriege wurden derart wenige Fälle pro Jahr nur selten registriert, z. B. 1936 und 1938. Für diese ausgesprochen günstige Entwicklung hat die im Mai

des vergangenen Jahres begonnene Schluckimpfung mit SABIN-Impfstoff entscheidend beigetragen. Bis zu dieser Aktion hatte nur ein geringer Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung einen ausreichenden Schutz mit dem inaktivierten SALK-Impfstoff erhalten. Der Anteil der nach dieser Methode wirksam Immunisierten dürfte im Durchschnitt der Jahre nicht über 6% der Gesamtbevölkerung gelegen haben. An dem ersten Durchgang der Schluckimpfung mit abgeschwächtem Lebendimpfstoff gegen den Polio-Erreger Typ I hatten sich aber rund 50% aller Schleswig-Holsteiner beteiligt. Bei diesem Durchimpfungsgrad ist es nicht verwunderlich, daß der sonst regelmäßig im Spätsommer einsetzende Anstieg der Erkrankungsmeldungen im vergangenen Jahr ausblieb. Gleichsam als Übergang der Kinderlähmungsperiode 1962 zeigen die Monate Januar bis März noch verhältnismäßig hohe Werte - drei Viertel (18 Fälle) der insgesamt gemeldeten Infektionen stammen aus diesen Monaten -, die übrigen Monate des Jahres haben dagegen nur vereinzelte Poliofälle gebracht. Diese Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte ist bisher noch nie beobachtet worden (im Gegenteil zeigte sich regelmäßig in den Herbstmonaten ein Anstieg der Infektionskurve) und muß als direkte Folge der Schluckimpfung gewertet werden.

Da die Schluckimpfung im ganzen Bundesgebiet durchgeführt worden ist, weisen auch die Bundeszahlen einen erheblichen Rückgang auf: während 1961 von 100 000 Personen jeden Alters noch 9 erkrankten, lag 1961 die Erkrankungsziffer bei 0,5. Für Schleswig-Holstein wurde

¹) Zur Methode der statistischen Erfassung von anzeigepflichtigen Infektionen und zum Aussagewert dieser Statistik vgl. Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 242 (August)

1961 eine Erkrankungsziffer von 8, 1962 dagegen aber nur noch von 1 je 100 000 Einwohner errechnet.

Von den vorwiegend Kinder betreffenden Krankheiten zeigt Scharlach die überhaupt stärkste Verbreitung unter den meldepflichtigen Infektionen. Mit 1 084 gemeldeten Fällen war die Zahl der Erkrankungen geringfügig höher als 1961. Von 100 000 Einwohnern erkrankten 46 (1961: 45). Bei dieser Krankheit lag Schleswig-Holstein in der relativen Häufigkeit des Auftretens über dem Bundeswert von 44 Erkrankungen je 100 000 Einwohner. Keuchhusten, obwohl nach wie vor stark verbreitet, unterliegt seit 1962 nicht mehr der umfassenden Meldepflicht. Auf Grund des Bundesseuchengesetzes sind nur noch Sterbefälle anzuzeigen. In den vergangenen Jahren wurden jeweils zwischen 1 500 und 2 000 Keuchhusteninfektionen registriert. 1962 führte die Infektion in zwei Fällen zum Tode des Erkrankten. Diphtherie trat wieder nur ganz vereinzelt auf (10 Fälle).

Von den Krankheiten der Verdauungsorgane war 1961 für Ruhr ein besonders massiertes Auftreten in einzelnen Kreisen festgestellt worden. 1962 wurden im ganzen Jahr 31 Ruhrinfektionen ohne regionale Häufungen gemeldet. Auch die übrigen Krankheiten dieser Gruppe (Unterleibstypus, Paratyphus, Enteritis infectiosa, Botulismus) wurden gegenüber dem Vorjahr seltener gemeldet. Es konnte wieder eine jahreszeitliche Häufung in den Sommermonaten beobachtet werden. Insgesamt lag die Zahl der Magen- und Darminfektionen mit 212 Erkrankungen - wesentlich bedingt durch den starken Rückgang der Ruhrerkrankungen - nur knapp halb so hoch wie 1961 (470 Fälle).

Anzeigepflichtig in allen Bundesländern wurde seit 1962 die Hepatitis epidemica. Für diese übertragbare Leberentzündung bestand von 1946 bis 1951 in Schleswig-Holstein schon einmal die Meldepflicht. Seinerzeit lag die jährlich registrierte Zahl der Infektionen zwischen 300 und 500. Im vergangenen Jahr wurden 442 Erkrankungen gemeldet, das sind 19 Fälle auf 100 000 Einwohner. Im Bund belief sich die Erkrankungsziffer auf 25.

An übertragbarer Hirnhautentzündung erkrankten im vergangenen Jahr 97 Personen, das waren über zweieinhalb mal so viel wie 1961. In acht Fällen endete die Erkrankung tödlich.

Aus der Gruppe der Brucellosen wurden nur Bang-Infektionen mit 15 Fällen (1961: 9 Fälle) gemeldet. Leptospirose wurde mit 3 Fällen der Weil'schen Krankheit registriert (1961: 5), davon ein Fall mit tödlichem Ausgang.

Erkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1961 und 1962

Krankheit	Schleswig-Holstein		Bund ohne Berlin	
	1961	1962	1961	1962
	Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohner
Botulismus	87	1	0,0	0,2
Brucellose				
a) Bang'sche Krankheit	9	16	0,6	0,3
b) Maltafieber	.	-	-	0,0
c) übrige Formen	.	-	-	0,0
Diphtherie	10	11	0,5	1,5
Enteritis infectiosa				
a) Salmonellose	.	52	2,2	3,9
b) übrige Formen	.	4	0,2	0,4
Fleckfieber	-	1	0,0	0,0
Übertragbare Gehirnentzündung	8	2	0,1	0,3
Übertragbare Hirnhautentzündung				
a) Meningokokken-Meningitis	} 37	39	1,7	1,9
b) übrige Formen		58	2,5	1,4
Hepatitis infectiosa	.	442	18,9	25,2
Kinderlähmung insgesamt	192	26	1,1	0,5
darunter paralytische Fälle	142	20	0,9	0,4
Leptospirose				
a) Weil'sche Krankheit	5	3	0,1	0,1
b) Feldfieber	-	-	-	0,0
c) Canicola fieber	-	-	-	0,0
d) übrige Formen	-	-	-	0,0
Malaria				
a) Ersterkrankung	2	3	0,1	0,1
b) Rückfall	-	-	-	0,0
Mikrosporidie	.	1	0,0	0,0
Ornithose				
a) Psittacose	} 10	7	0,3	0,2
b) übrige Formen		2	0,1	0,2
Paratyphus A und B	109	71	3,0	1,8
Ruhr				
a) bakterielle Ruhr	} 201	28	1,2	2,9
b) Amöbenruhr		3	0,1	0,0
Scharlach	1 036	1 084	46,3	44,1
Toxoplasmose	.	4	0,2	0,7
Typhus abdominalis	73	53	2,3	2,1
Wundstarrkrampf	-	1	0,0	0,2

Von den sogenannten gemeingefährlichen Krankheiten ist nur einmal im vergangenen Jahr ein Fall von Fleckfieber im Kreise Südtondern aufgetreten. Erkrankungen an Lepra, Cholera, Gelbfieber, Pest und Pocken wurden nicht festgestellt. Eine vorsorgliche gezielte Impfaktion löste der Pockenverdacht bei einem Besatzungsmitglied eines Frachters aus, der im März 1962 den Nord-Ostsee-Kanal passierte. Rund 60 Personen, die in den Schleusen das Schiff abgefertigt hatten, ohne allerdings mit dem Kranken direkten Kontakt gehabt zu haben, wurden Schutzgeimpft. Zu einem ernsthaften Verdacht auf Pockeninfektion ist bei keiner dieser Personen Anlaß gewesen. In anderen Bundesländern sind 1962 bekannt geworden: 10 Fälle von Lepra in verschiedenen Ländern und 37 Pockenerkrankungen in Nordrhein-Westfalen.

Noch zu erwähnen bleibt ein starker Anstieg der Verdachtsmeldungen für Tollwut, die mit 138 Fällen die für 1961 gemeldete Zahl der "Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere" um das Vierfache übersteigt. Inwieweit für diese Erhöhung begriffliche Änderungen verantwortlich sind, ist nicht eindeutig bekannt, es darf aber vermutet werden, daß die Erhöhung zum nicht geringen Teil auf die Änderung des meldepflichtigen Tatbestandes infolge Übergangs von "Bißverletzung" auf "Verdacht einer Erkrankung an Tollwut" zurückzuführen ist. Zu einer tatsächlichen Tollwuterkrankung eines Menschen ist es weder in Schleswig-Holstein noch im übrigen Bundesgebiet gekommen.

Außer für die bereits genannten Krankheiten wurden 1962 auch für folgende Infektionen keine Meldungen erstattet (Zahlen in Klammern = Meldungen im Bundesgebiet): Tularämie (-), Milzbrand (13), Rückfallfieber (-), Kindbettfieber (32), Trachom (17), Trichinose (1), Rotz (-) und Q-Fieber (1).

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Meldepflichtige Krankheiten 1960 und 1961" in Stat. Monatsh. 1962, S. 240 (August) und "Meldepflichtige Krankheiten 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 211 (April)

Kurzberichte

Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1962

Am Jahresende 1962 waren 1 195 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 614 Mill. DM sowie eine Aktiengesellschaft, deren Grundkapital in Höhe von 3 Mill. RM bisher noch nicht auf DM umgestellt wurde, von den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten im Handelsregister eingetragen. Gegenüber dem vorangegangenen Jahresende hat sich die Zahl der Kapitalgesellschaften um 71 und ihr Nominalkapital um 50 Mill. DM erhöht. Die Neueintragungen von Kapitalgesellschaften sind also der Zahl nach weiterhin kräftig angestiegen, während sich das Nominalkapital nicht so stark wie in den Vorjahren erhöhte.

Die Entwicklung verlief 1962 im gleichen Rahmen wie 1961, d. h. die Fluktuationen waren der Zahl und der Ursache nach etwa dem Vorjahre gleich. Den 111 Zugängen standen 40 Abgänge gegenüber. Die Zugänge beruhen auf Gründungen und Umwandlungen (91) sowie Sitzverlegungen nach Schleswig-Holstein (20) und die Abgänge hauptsächlich auf "Sonstige Abgänge" (13), Sitzverlegungen nach anderen Bundesländern (8), sowie Liquidations- (5) und Konkurseröffnungen (4). Am Kapital gemessen waren die Gründungen, sieht man von den durchgeführten Kapitalerhöhungen (45 Mill. DM) ab, mit 11 Mill. DM am gewichtigsten.

Der Bestand an Aktiengesellschaften ging im Laufe des Berichtsjahres von 68 auf 67 zurück,

blieb also weiterhin ziemlich konstant. Das Grundkapital erhöhte sich dagegen, bedingt durch Kapitalaufstockungen bei 4 Unternehmen in Höhe von 6,4 Mill. DM, um 3 Mill. DM auf 243 Mill. DM. Gegenüber der Zunahme von 26 Mill. DM im Jahre 1961 ist dies allerdings ein kleiner Betrag. Zwei Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 1,4 Mill. DM wurden im Laufe des Jahres 1962 in Schleswig-Holstein gegründet und 1 Aktiengesellschaft mit 0,6 Mill. DM nach Schleswig-Holstein verlegt. Diesen standen vier Abgänge mit 5,3 Mill. DM gegenüber.

Sowohl der Anzahl als auch dem Grundkapital nach ist das "Produzierende Gewerbe" am stärksten besetzt. Hier sind 28 Aktiengesellschaften mit über zwei Dritteln des gesamten Grundkapitals tätig. Nach dem Kapital dominiert erwartungsgemäß der Schiffbau, der zusammen mit der Energiewirtschaft zwei Drittel dieses Wirtschaftsbereiches stellt. In beiden Wirtschaftsgruppen ist auch die durchschnittliche Kapitalausstattung - 50 Mill. DM bei der Energiewirtschaft und 19 Mill. DM beim Schiffbau - weitaus am höchsten. Drei von diesen Aktiengesellschaften und eine Verkehrsgesellschaft zählen zu den größten Aktiengesellschaften Schleswig-Holsteins, zu denen man solche mit einem Grundkapital von über 10 Mill. DM rechnen kann. Sie stellen beinahe die Hälfte des gesamten Grundkapitals aller schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften. Die mittleren Aktiengesellschaften (1 - 10 Mill. DM) weisen

den gleichen Kapitalanteil aus, sind aber zahlreicher (26); die kleinen Aktiengesellschaften (unter 1 Mill. DM Grundkapital) sind dem Kapital nach unbedeutend, zahlenmäßig aber am stärksten vertreten (37).

Die Kapitalgesellschaften nach Kapitalgrößenklassen
am 31.12.1962

Kapitalgrößenklasse	Aktien- gesellschaften		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Kapital Mill. DM/RM	Anzahl	Kapital Mill. DM/RM
bis 20 000 DM	—	—	522	9,6
über 20 000 " 50 000 "	—	—	212	7,6
" 50 000 " 100 000 "	3	0,3	131	11,5
" 100 000 " 200 000 "	4	0,5	76	12,4
" 200 000 " 500 000 "	16	6,2	84	30,1
" 500 000 " 1 Mill. DM	14	11,6	43	34,8
" 1 Mill. " 3 Mill. DM	15	28,3	35	65,5
" 3 Mill. " 10 Mill. DM	11	85,3	21	114,8
" 10 Mill. DM	4	110,5	4	85,0
Insgesamt	67	242,7	1 128	371,3
Außerdem RM-Gesellschaften	1	3,0	—	—

Während der Bestand an Aktiengesellschaften fast unverändert geblieben ist, haben die Gesellschaften m. b. H. wiederum beträchtlich zugenommen. Ihre Zahl lag mit 1 128 um 72 über der am Vorjahresende; ihr Stammkapital hat sich im gleichen Zeitraum auf 371 Mill. DM oder um 14% erhöht. Die Gesellschaften

m. b. H. haben also, im Gegensatz zum Bundesgebiet, zusammen mehr Nominalkapital als die Aktiengesellschaften. Neunundachtzig Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital von 9,5 Mill. DM wurden gegründet. In 53 Fällen wurde das Stammkapital um insgesamt 39 Mill. DM aufgestockt. Hinzu kamen noch 19 Sitzverlegungen nach Schleswig-Holstein mit 2,8 Mill. DM. Diesen standen 36 Abgänge mit 4,8 Mill. DM gegenüber.

Zwei Fünftel aller Gesellschaften m. b. H. sind im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel tätig. Beide Wirtschaftsabteilungen stellen zusammen drei Viertel des gesamten Stammkapitals aller Gesellschaften m. b. H. Die größte durchschnittliche Kapitalausstattung befindet sich in der Gummi- und Asbestverarbeitung (3,9 Mill. DM) sowie in der Eisen- und Stahlindustrie (3,4 Mill. DM).

Erwartungsgemäß sind die kleinen und mittleren Unternehmen am stärksten vertreten. Die Gesellschaften mit einem Stammkapital bis zu 200 000 DM haben der Anzahl nach ein großes Übergewicht, vertreten jedoch nur ein geringes Stammkapital; in den Größenklassen über 1 Mill. DM ist das Verhältnis umgekehrt.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 149 (Mai)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Kreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehend durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	2 341	2 333	2 336	2 339	2 354	2 355
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen										
*Anzahl		1 654	1 888	2 022	1 841	2 014	1 189	1 904	1 786	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7	10,2	9,6	10,2	6,6	9,5	9,2	...
Lebendgeborene										
*Anzahl		2 867	3 435	3 677	3 637	3 681	3 453	4 045	3 784	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,6	18,6	18,9	18,6	19,1	20,2	19,5	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 329	2 698	2 344	2 332	3 060	3 057	2 415	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,9	13,6	12,2	11,8	17,0	15,3	12,5	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	83	99	106	85	69	74	77	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	24,0	26,9	29,1	23,1	20,0	18,3	20,3	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 106	979	1 293	1 349	393	988	1 369	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	5,7	4,9	6,7	6,8	2,2	4,9	7,1	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 876	6 586	8 956	8 346	4 414	5 906
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 144	6 004	7 957	6 512	4 296	5 262
*Wanderungsgewinn		260	732	582	999	1 834	118	644
*Umzüge innerhalb des Landes ¹⁾		9 666	9 436	9 754	14 035	11 154	6 388	7 775
Wanderungsfälle ¹⁾										
Anzahl		22 452	22 456	22 344	30 948	26 012	15 098	18 943
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	163	162	235	187	119	133
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	1 000	741 ⁺	817 ⁺	805	.	.	.	815	.	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	542 ⁺	536	.	.	.	539	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	9	11	9	7	22	15	10	8
darunter *Männer	1 000	31	5	7	5	4	17	10	5	4
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,1	1,4	1,1	0,8	2,7	1,8	1,2	0,9
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 306 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	478 ^a
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 655 ^a	1 637	.	.	.	1 578	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	168 ^a	171	.	.	.	171	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	104 ^a	108	.	.	.	106	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	22	16	15	17	16	20	21	22
*Kälber	1 000 St	5	4	7	5	4	7	9	8	6
*Schweine	1 000 St	81 ^b	128	128	127	115	140	142	133	110
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	16	7	3	22	17	7	3
*Gesamtschlachtgewicht ³⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	15,5	13,7	14,2	14,2	14,2	16,1	16,3	14,7
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	5,0	3,6	3,5	4,0	3,6	4,6	4,8	5,0
*Schweine	1 000 t	5,9	10,2	9,7	10,4	10,0	10,2	11,0	11,1	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	235	233	234	239	234	235	227	226
*Kälber	kg	49	51	50	53	54	50	48	50	54
*Schweine	kg	89	88	87	87	89	87	88	88	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	158	196	202	213	148	192	201	217
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,2	13,5	14,4	14,7	11,0	13,0	14,0	14,6
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	88	90	91	87	89	90	92

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) gewerbliche Schlachtungen

a) Dezember b) Winterhalbjahr

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
INDUSTRIE ⁴										
*Beschäftigte	1 000	164	176	176	177	177	173	172	174	...
darunter *Arbeiter ⁵⁾	1 000	136	143	143	144	143	139	139	140	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	1 000	24 439	24 195	25 091	23 790	25 052	21 799	22 686	23 298	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	77,9	75,6	75,1	79,3	69,0	72,4	78,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	26,3	25,3	25,7	25,5	26,9	27,1	27,6	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ⁷⁾	74	62	68	67	58	47	47	52	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 812	10 045	9 747	10 078	8 626	8 642	8 849	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	56	55	52	53	62	63	63	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	92	92	87	92	86	95	93	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	24	24	20	22	28	30	26	...
*Umsatz ⁸⁾	Mill. DM	479	620	579	572	631	518	581	692	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	72	55	67	84	59	45	130	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	282	276	297	285	265	283	306	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		193	262	180	268	307	57	161	301	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	153	164	153	143	149	155	143	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	145	165	158	150	141	153	156	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 132	1 094	1 117	1 157	1 286	1 412	1 579	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	105	101	103	120	85	89	106	...
papierherzeugenden Industrie		256	316	319	309	320	322	335	286	...
Schiffbaues		312	229	242	264	239	230	228	262	...
Maschinenbaues		273	296	276	334	298	282	276	303	...
elektrotechnischen Industrie		508	620	690	679	601	583	553	562	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	859	753	848	822	845	978	986	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	242	235	246	260	247	239	250	...
lederherzeugenden Industrie		116	83	76	92	60	95	88	83	...
Schuhindustrie		217	250	276	257	268	253	249	259	...
Textilindustrie		195	153	172	155	156	149	156	164	...
Bekleidungsindustrie		127	160	171	170	172	165	176	174	...
Fleischwarenindustrie		169	222	202	212	228	201	202	213	...
fischverarbeitenden Industrie		189	212	232	173	202	234	224	215	...
Molkereien u. milchverarbeitenden Industrie		121	140	171	190	190	140	166	185	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	260	252	264	270	254	248	254	...
Bauproduktion		190	248	165	284	288	76	186	332	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	114	144	130	108	102	122	102	99
*Stromverbrauch ⁹⁾	Mill. kWh	143	213	219	195	199	229	236	215	213
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. cbm	17	19	21	19	19	25	25	21	19

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 5) einschl. gewerblicher Lehrlinge 6) einschl. Lehrlingsstunden 7) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) einschl. Verluste 10) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹¹										
*Beschäftigte		55 228	64 932	62 501	65 306	65 903	p60 305	p64 227	p67 712	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 776	6 974	10 410	11 545	p 2 550	p 6 708	p11 490	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 972	2 705	4 377	4 742	p 1 082	p 3 051	p 4 871	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	38,1	24,9	39,5	44,5	p 9,8	p 25,7	p 47,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,8	2,3	2,5	2,7	p 2,7	p 2,7	p 2,8	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	123,5	74,3	87,8	123,7	p 49,3	p 51,4	p 90,1	...
Baugenehmigungen ¹²										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹³⁾		922	1 073	921	992	1 090	844	966	1 086	1 460
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	340	326	302	390	247	326	303	380
Veranschlagte reine Baukosten ¹³⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	102,2	102,8	82,8	107,6	76,1	97,4	104,6	132,4
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	72,6	62,1	59,3	79,0	57,1	68,2	82,4	98,9
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹³⁾										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 350	1 310	1 092	1 473	963	1 216	1 340	1 823
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	870	771	711	960	660	802	949	1 133
*Wohnungen ¹⁴⁾										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	2 199	2 013	2 839	1 930	2 234	2 657	3 057
		1 879	2 215	1 934	1 789	2 448	1 701	1 932	2 373	2 790
Baufertigstellungen										
Wohnungen 15)		1 533	2 190	755	1 122	1 436	481	500	576	843
Wohnräume 16)		6 064	8 725	3 238	4 239	5 827	1 888	1 993	2 384	3 567
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	-	-	98	97	98	83	96	100	107
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		-	-	102	99	97	88	101	102	103
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		-	-	81	93	99	66	78	94	115
*Hausrat und Wohnbedarf		-	-	97	92	102	70	84	89	95
*Sonstige Waren		-	-	108	101	100	92	108	106	110
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	129	636	527	250	209	392	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 650	349	1 289	1 023	336	1 254	676	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	15 900	18 659	15 058	17 258	18 319	18 546	15 226	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 421	31 149	28 571	33 337	33 420	36 208	30 273	...
*Ausfuhr nach Warengruppen ¹⁷										
davon Güter der	Mill. DM	67,7	81,7	70,6	76,5	111,5	77,7	72,8	132,3	...
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	5,5	6,0	6,9	4,3	4,3	5,8	6,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	76,2	64,6	69,6	107,2	73,5	67,1	126,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,9	3,2	3,1	2,7	3,1	3,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,4	11,2	6,8	9,4	9,8	6,9	12,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	64,7	49,6	59,6	94,7	61,0	57,1	110,8	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,6	3,7	2,9	3,4	3,9	4,0	3,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	61,1	45,8	56,7	91,3	57,1	53,1	107,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ¹⁷										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	19,7	18,8	27,1	27,6	15,4	17,8	21,0	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,5	6,2	5,0	5,4	3,6	3,6	6,0	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,5	5,5	16,9	15,3	5,4	6,9	7,6	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	36,2	26,3	31,5	63,2	39,0	34,3	25,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	6,5	9,7	7,2	6,7	7,5	6,5	5,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	4,1	3,2	2,7	3,1	4,9	3,0	5,3	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	13,5	1,7	1,6	38,1	17,7	13,1	2,0	...
Schweden	Mill. DM	6,3	5,1	4,6	13,0	8,4	2,9	3,6	6,1	...
Fremdenverkehr ¹⁸										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	138	78	99	114	57	75	102	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	16	7	15	14	3	6	14	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	860	251	315	432	179	239	321	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	33	13	24	24	9	12	24	...

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 12) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 13) nur Neubau und Wiederaufbau 14) nur Normalwohnungen 15) Normalbau 16) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 17) 1963 = vorläufige Zahlen 18) ab April 1963 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
VERKEHR										
Seeschifffahrt ¹⁹										
Güterempfang	1 000 t	377	549	512	422	602	206	308
Güterversand	1 000 t	102	158	172	120	160	72	116
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	174	172	159	151	7	77	209	197
*Güterversand	1 000 t	195	294	226	272	339	32	153	356	343
Nord-Ostsee-Kanal ²⁰										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 731	6 132	6 070	7 055	793	1 214	5 675	...
darunter deutsche	%	65,5	64,4	66,2	64,1	65,4	72,0	81,6	68,4	...
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 619	3 233	3 261	3 496	846	892	3 062	...
darunter deutscher Anteil	%	30,3	26,8	25,8	24,5	27,5	16,8	23,3	24,6	...
Güterverkehr	1 000 t	3 840	5 056	4 554	4 464	4 856	1 045	1 054	4 223	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	29,3	27,4	26,1	29,9	12,4	22,6	28,3	...
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 404	2 372	2 417	2 461	582	751	2 174	...
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 652	2 182	2 047	2 395	463	303	2 050	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 676	6 184	5 815	5 555	3 823	6 894	6 499	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	72	115	132	143	10	50	71	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 481	4 736	4 418	4 229	2 939	5 238	4 949	...
*Kombinationskraftwagen		175	285	344	341	345	262	388	361	...
*Lastkraftwagen		293	403	447	439	432	295	526	505	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden ²¹⁾		918	1 081	826	968	1 069	629	710	884	p1 120
*Getötete Personen ²²⁾		40	53	46	41	39	19	38	39	p 54
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 052	1 223	1 374	855	877	1 200	p1 433
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²³⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	5 705 ^d	5 138	5 171	5 265	5 796	5 902	5 977	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 632 ^d	1 520	1 521	1 574	1 662	1 689	1 706	...
darunter * an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 622 ^d	1 514	1 515	1 563	1 636	1 683	1 696	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	4 073 ^d	3 617	3 650	3 691	4 134	4 213	4 271	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 501 ^d	3 118	3 142	3 179	3 554	3 632	3 687	...
*Einlagen von Nichtbanken ²³⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 603 ^d	3 118	3 143	3 243	3 610	3 586
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 585 ^d	1 301	1 314	1 397	1 518	1 470
darunter * von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 219 ^d	1 031	1 035	1 079	1 171	1 151	1 154	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	2 018 ^d	1 817	1 829	1 846	2 093	2 116
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 362 ^d	1 228	1 235	1 247	1 421	1 440	1 450	1 457
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	99	90	80	84	102	91
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	74	65	68	68	61	68
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	9	10	4	8	7	9	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	0,3	2	1	-	1	1	1	...
Wechselproteste	Anzahl	636	686	722	640	639	1 029	1 229
Wert	1 000 DM	465	621	521	394	532	804	838
STEUERN ²⁴										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	60 636	79 879	35 796	40 468	40 630	95 067	43 272	44 287
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 344	689	262	5 554	5 816	692	676	6 155
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	6 157	6 578	6 653	6 008	5 751	6 867	8 268	6 994
*Biersteuer	1 000 DM	420	595	437	413	533	588	398	430	533
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	129 527	129 224	109 523	111 422	96 914	142 104	112 543	115 547
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	42 506	33 139	41 900	38 812	37 764	33 795	38 597	40 306
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 244	1 026	1 075	1 167	1 094	1 184	1 312	1 345
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 368	9 634	6 941	2 801	6 932	7 032	3 635	6 018
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	51 485	48 521	46 134	54 875	37 992	55 048	53 057	53 322
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	38 451	39 241	33 083	35 891	24 871	39 744	32 496	32 174
*Notopfer Berlin	1 000 DM	354	25	27	14	- 12	- 10	24	17	29
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 378	3 971	8 159	11 305	9 185	2 472	3 608	10 394

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

19) Monatsangaben 1963 = vorläufige Zahlen 20) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 21) ab 1963 werden die Sachschadensunfälle nicht mehr vollständig erfaßt und sollen deshalb auch nicht veröffentlicht werden 22) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 23) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 24) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: STEUERN										
25) Steuern vom Einkommen	1 000 DM	37 688	73 999	105 362	38 456	39 369	37 550	128 629	45 501	41 508
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	30 754	13 499	19 274	22 793	23 108	18 575	21 595	23 884
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	33 229	70 102	17 654	14 428	12 051	82 147	20 875	14 562
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	683	672	330	601	969	319	529	175
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 333	21 088	1 198	1 547	1 421	27 588	2 503	2 887
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	80 800 ⁺	80 294 ^e	.	.	.	84 599 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 994 ⁺	6 833 ^e	.	.	.	6 467 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	13 883 ⁺	14 504 ^e	.	.	.	15 145 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	.	321 ⁺	209 ^e	.	.	.	482 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	53 651 ⁺	52 932 ^e	.	.	.	56 000 ^e	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 952 ⁺	5 816 ^e	.	.	.	6 506 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 024 ⁺	6 254 ^e	.	.	.	6 087 ^e	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100,0	93,6	94,7	95,7	94,5	96,2	96,6	p 95,6	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1958=100	100,0	100,6	100,5	100,7	100,6	100,6	100,5	p100,4	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100,0	100,1	100,5	100,4	100,0	r100,4	100,5	p100,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100,0 ^f	103,0	102,8	103,0	103,1	103,6	103,6	103,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	102,7 ^g	106,1	108,5	107,0	p107,4	p108,1	p107,5	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100,0	r132,4	.	.	132,4	136,9	.	.	p139,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100,0 ^f	106,5 ^g	108,1	108,0	108,3	111,4	r112,3	111,7	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100 ^h	107	107	107	107	110	110	110	...
Preisindex für die Lebenshaltung	1958=100	100,0	108,7	108,1	108,9	109,2	112,5	112,9	112,8	112,4
darunter										
Ernährung		100,0	108,3	107,9	109,5	110,2	114,1	114,7	114,1	112,9
Wohnung		100,0	121,7	120,2	121,3	121,3	127,6	127,9	128,6	128,8
Heizung und Beleuchtung		100,0	105,9	106,0	104,6	104,2	108,6	108,5	108,1	107,3
Bekleidung		100,0	106,9	106,3	106,6	106,8	108,7	108,9	109,2	109,4
Hausrat		100,0	103,6	103,4	103,0	103,3	104,4	104,2	104,2	104,2
LOHNE UND GEHALTER ²⁷										
Arbeiterverdienste in der Industrie ²⁸										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	162,89	.	.	164,41	160,28
darunter Facharbeiter	DM	124,34	173,75	.	.	174,62	168,27
*weiblich	DM	67,56	97,84	.	.	97,29	101,66
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	345,4	.	.	344,6	348,3
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	366,8	.	.	365,1	366,2
*weiblich	Pf	152,9	228,6	.	.	228,2	239,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,2	.	.	47,7	46,0
*weiblich	Std.	44,2	42,8	.	.	42,6	42,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,2	.	.	43,7	44,5
*weiblich	Std.	41,4	40,2	.	.	38,8	41,8
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ²⁸⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	792	.	.	784	820
*weiblich	DM	382	519	.	.	513	545
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	919	.	.	908	940
*weiblich	DM	403	545	.	.	527	567
im Handel ²⁹⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	739	.	.	722	766
*weiblich	DM	331	445	.	.	432	473
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	776	.	.	746	782
*weiblich	DM	259	365	.	.	360	388
in Industrie ²⁸⁾ und Handel ²⁹⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	756	.	.	741	783
*weiblich	DM	347	466	.	.	455	494
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	912	.	.	900	932
*weiblich	DM	391	539	.	.	522	562

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

25) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 26) 4-Personen-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1958 27) Effektivverdienste: 1958 und 1962 Durchschnitt aus 4 Erhebungen 28) einschl. Baugewerbe (wegen der anhaltenden Frostperiode wurden im Februar 1963 für Arbeiter im Baugewerbe keine Durchschnitte ermittelt) 29) Handel, Geld- und Versicherungswesen e) 1.1. - 31.3. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1961/62 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A
erscheint im monatlichen Wechsel mit B

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1957	1958	1959	1960	1961	1962
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 253	2 257	2 267	2 280	2 294	2 321	2 341
Mehr geboren als gestorben	JS	1 000	17	7	7	8	11	10	13	13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30. 9.	1 000	650	741	757	772	770	791	813	828
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1 000	104	81	78	72	56	54	52	50
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1 000	260	334	346	355	360	373	385	392
Handel und Verkehr	30. 9.	1 000	121	158	163	171	177	183	188	194
Arbeitslose	30. 9.	1 000	178	45	34	27	17	11	7	6
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9	0,7
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	337	323	314	306	302	304	303
je 1 000 Einwohner	Mai		182	150	143	138	134	132	131	130
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 879	7 612	8 429	9 011	9 791 ^a	10 844 ^a	11 735 ^a
je Einwohner		DM	1 488	3 054	3 371	3 715	3 952	4 269 ^a	4 679 ^a	5 013 ^a
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3. 12.	1 000	167	87	80	72	58	46	38	31
Rinder	3. 12.	1 000	999	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251	1 306
darunter Milchkühe	3. 12.	1 000	458	431	431	426	441	460	467	478
Schweine	3. 12.	1 000	1 031	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636	1 655
Schafe ⁴⁾	3. 12.	1 000	129	112	116	119	113	105	109	113
Hühner ⁴⁾	3. 12.	1 000	3 827	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259	4 265
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	229	280	293	295	341	342	356
Schweine	JS	1 000	818	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021	2 307
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831	1 902
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 711	3 857	3 946	3 951	3 980	3 980	4 076
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	158	164	164	162	168	174	176
je 1 000 Einwohner			42	70	73	72	71	73	75	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	534	581	638	659	747	835	934
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	156	173	197	210	238	275	315
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011	7 446
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	627	766	782	840	987	945	868
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	197	214	224	236	255	278	p 281
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7	28,8
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0	26,6
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9	26,3
je 1 000 Einwohner			6,9	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1	11,3
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9	47,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2	104,7
je 1 000 Einwohner			23,1	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1	44,9
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31. 12.	1 000	461,4	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4	716,0
Wohnräumen ⁸⁾	31. 12.	1 000	1 853	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632	2 734

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt;
generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versan-
des, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr
qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Für diese Tabelle sind 34 Gegenstände ausgewählt, die abwechselnd veröffentlicht werden

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnbevölkerung am 31. 3. 1963			Arbeitslose am 30. 9. 1962	Einnahmen aus Gemeinde- steuern im 1. Vj. 1963 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 2) im Rj. 1961 in DM je Einw.
	insgesamt	Veränderung in % gegenüber Volkszählung				
		1939 ¹⁾	1950 ¹⁾			
FLENSBURG	97 310	+ 37,3	- 5,4	291	4 568	32,94
KIEL	270 905	- 1,6	+ 5,2	1 116	14 983	34,56
LÜBECK	236 620	+ 52,8	- 0,7	955	14 221	36,28
NEUMÜNSTER	75 065	+ 38,8	+ 2,2	246	3 953	28,85
Eckernförde	65 309	+ 54,7	- 23,2	86	1 192	35,30
Eiderstedt	18 983	+ 25,4	- 27,5	36	601	27,25
Eutin	90 231	+ 75,2	- 15,8	270	2 617	28,20
Flensburg-Land	66 433	+ 48,7	- 15,7	108	1 296	24,86
Hzgt. Lauenburg	133 569	+ 83,4	- 11,1	293	3 630	25,23
Husum	64 183	+ 35,2	- 18,2	94	1 879	23,74
Norderdithmarschen	58 087	+ 31,0	- 25,1	87	1 822	21,84
Oldenburg (Holstein)	80 402	+ 51,8	- 19,2	308	2 387	22,45
Pinneberg	224 704	+ 101,7	+ 12,4	381	9 948	20,92
Plön	111 243	+ 65,0	- 10,5	326	2 457	25,41
Rendsburg	160 125	+ 63,0	- 12,9	366	4 346	23,74
Schleswig	98 631	+ 27,1	- 22,8	86	2 850	27,52
Segeberg	97 969	+ 82,3	- 12,0	93	2 390	21,53
Steinburg	122 937	+ 42,7	- 21,2	160	5 343	25,75
Stormarn	148 928	+ 119,4	+ 1,7	251	5 582	21,01
Süderdithmarschen	72 282	+ 33,9	- 26,4	58	2 537	26,32
Südtondern	61 409	+ 32,7	- 14,6	58	2 084	24,44
Schleswig-Holstein	2 355 325	+ 48,2	- 9,2	5 669	90 686	38,19

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾		Straßenverkehrsunfälle im 1. Vj. 1963		
	Beschäftigte am 30. 4. 1963	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im April 1963	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	7 124	34,8	89	3	102
KIEL	32 955	122,1	224	10	269
LÜBECK	34 223	91,8	207	11	244
NEUMÜNSTER	12 597	28,5	78	2	98
Eckernförde	1 907	5,1	37	-	50
Eiderstedt	425	1,5	11	2	18
Eutin	4 105	15,3	107	4	145
Flensburg-Land	642	2,5	60	1	88
Hzgt. Lauenburg	8 841	22,5	125	9	161
Husum	899	2,4	45	3	63
Norderdithmarschen	1 231	3,1	47	3	57
Oldenburg (Holstein)	1 227	6,0	83	2	107
Pinneberg	21 011	91,1	203	12	262
Plön	2 393	10,1	101	5	146
Rendsburg	9 508	26,1	138	7	163
Schleswig	4 009	20,3	75	1	94
Segeberg	4 977	20,6	139	7	165
Steinburg	10 784	44,5	99	3	131
Stormarn	9 721	95,9	129	1	186
Süderdithmarschen	4 566	42,7	61	2	77
Südtondern	1 018	4,9	54	2	64
Schleswig-Holstein	174 163	691,6	2 112	90	2 690

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1963 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamb- urg	Nieder- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	31.12.1962 ¹⁾	55 074	2 351	1 848	6 732	718	16 195	4 937	3 475	7 991	9 731	1 097
Veränderung in %	"	+ 37	+ 48	+ 8	+ 48	+ 28	+ 36	+ 42	+ 17	+ 46	+ 37	+ 23
31.12.1962 geg. VZ 1939	"	+ 14	- 8	+ 17	+ 0	+ 30	+ 24	+ 15	+ 16	+ 25	+ 7	+ 16
31.12.1962 geg. 31.12.1950 ²⁾	"											
Bevölkerungsdichte Einwohner je qkm	"	222	150	2 472	142	1 779	477	234	175	224	138	427
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1962	6 664	303	179	891	85	1 913	562	459	938	1 181 ^{a)}	153
je 1 000 Einwohner	"	122	130	97	133	119	119	115	133	119	123 ^{a)}	141
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	31.3.1963	21 217	815	841	2 380	303	6 841	1 877	1 552 ^{b)}	3 147	3 462	x
Arbeitslose in 1 000	31.5.1963	114	8	4	16	3	39	8	7 ^{b)}	4	25	x
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	0,5	0,9	0,5	0,7	1,1	0,6	0,4	0,5 ^{b)}	0,1	0,7	x
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1961 ⁶⁾	311 ^{b)}	11	18	33	5	101	28	15	46	48	.
	1962 ⁷⁾	338 ^{b)}	12	19	36	6	109	30	17	51	53	.
in DM je Einwohner	1961	5 765 ^{b)}	4 679	9 785	4 989	7 334	6 362	5 723	4 425	5 994	5 076	.
	1962	6 173 ^{b)}	5 013	10 425	5 400	7 918	6 742	6 160	4 774	6 424	5 494	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	April 1963	1 879	201	3	409	2	323	116	82	221	512	10
in kg je Kuh und Tag	"	10,6	14,0	14,4	13,2	12,6	13,3	9,7	8,3	8,5	8,7	9,4
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁸⁾ in 1 000	28.2.1963	7 949	173	225	725	97	2 814	677	358	1 449	1 262	169
je 1 000 Einwohner	"	144	74	122	108	135	174	137	103	181	130	154
Umsatz ⁸⁾ in Mill. DM	Febr. 1963	21 945	518	1 042	2 194	329	8 219	1 690	948	3 737	2 896	372
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 439	59	144	436	43	1 191	316	161	587	379	123
Produktionsindex ⁹⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	263	272	247	325	250	.	298	295	284	275	.
BAUWIRTSCHAFT^{1) 10)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	28.2.1963	1 359	60	47	178	24	391	127	84	198	220	30
je 1 000 Einwohner	"	24,7	25,6	25,4	26,5	33,3	24,1	25,7	24,3	24,8	22,6	26,9
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Febr. 1963	57	3	3	6	1	18	5	2	8	11	1
je Einwohner	"	1,0	1,1	1,4	0,9	1,4	1,1	1,0	0,7	1,0	1,1	0,8
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹¹⁾ Anzahl	März 1963	42 257	2 234	1 130	5 552	792	10 036	4 487	2 980	8 402	5 854	790
je 10 000 Einwohner	"	7,7	9,5	6,1	8,2	11,0	6,2	9,1	8,6	10,5	6,0	7,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	14 494	500	600	1 737	189	4 509	972	715	2 632	2 204	436
je 10 000 Einwohner	"	2,6	2,1	3,2	2,6	2,6	2,8	2,0	2,1	3,3	2,3	4,0
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	März 1963	4 982 ^{c)}	73	186	560	107	1 739	435	218	822	509	152
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden Anzahl	1. Vj. 1963	50 131	2 112	2 179	5 767	683	16 221	4 391	3 245	6 821	7 724	988
je 10 000 Einwohner	"	9	9	12	9	10	10	9	9	9	8	9
Getötete Personen Anzahl	"	2 139	90	56	308	22	630	181	182	286	337	47
je 1 000 Unfälle	"	43	43	26	53	32	39	41	56	42	44	48
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹²⁾ in DM je Einwohner	31.3.1963	1 225	900	1 626	1 107	1 301	1 309	1 238	1 065	1 282	1 183	1 091

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand 14.11.1951 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose (Arbeiter, Angestellte und Beamte) 5) Die Differenz zwischen der Summe der Länder und dem Bundesergebnis läßt aufgrund mancher Abrundung nicht auf die Leistung der saarländischen Wirtschaft schließen 6) berichtigte vorläufige Ergebnisse 7) erste vorläufige Ergebnisse 8) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 9) Gesamtindex (ohne Bau) 10) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 11) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 12) ohne Postspareinlagen
a) Stand Oktober 1962 b) einschl. Saarland c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

Heft/Selte

Gebiets- und Bevölkerungsstand

Ausländer 1962 6/181

Bevölkerungsbewegung

Haus- und Anstaltsgeburten 3/68

Wanderungen 1961 1/20

Gesundheitswesen

Ärzte 1961 1/22

Krankenanstalten 1961 2/55

Sterbefälle 1961 2/54

Unterricht, Bildung und Kultur

Hochschulprüfungen 6/182

Lehrernachwuchs 6/182

Wahlen

Landtagswahlen 1962 2/36

Erwerbstätigkeit

Streiks 1962 4/122

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft 3/70

Feldfrüchte 1962 4/110

Gemüse 1962 3/77

Milchwirtschaft 1962 5/151

Obsternte 1962 3/75

Schlacht tier- und Fleischschau 1961 1/23

Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62 4/108

Zwischenfrüchte 1962 5/155

Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961 4/104

Arbeitsstätten und Unternehmen 1961 5/142

Industrie und Handwerk

Produktion Industrielle - 1962 3/92

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Bauhauptgewerbe 1962 3/81

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr 1960 und 1961 2/40

Unternehmen des Einzelhandels 1960 4/113

Unternehmen des Großhandels 1960 1/4

Verkehr

Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge 1/24

Fremdenverkehr in den Seebädern 5/136

Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959 6/171

Straßenverkehrsunfälle 1961 1/10

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Hypotheken 1962 6/183

Realkreditinstitute 1/14

Spareinlagen 1961/62 5/154

Zahlungsschwierigkeiten 1962 4/123

Öffentliche Sozialleistungen

Jugendhilfe 1961	2/46
Krankenstand Winter 1962/63	5/155
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962	6/184

Öffentliche Finanzen

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	3/86
Landesausgaben, Struktur der -	6/168
Lohneinkommen, Schlichtung der - 1961	6/174
Personal der öffentlichen Verwaltung	6/169
Schulen, Ausgaben für -	4/119
Umsätze und ihre Besteuerung 1961	1/15

Preise

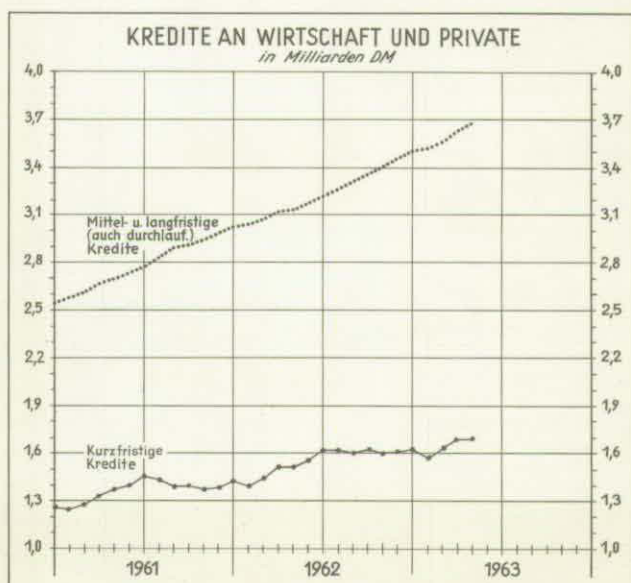
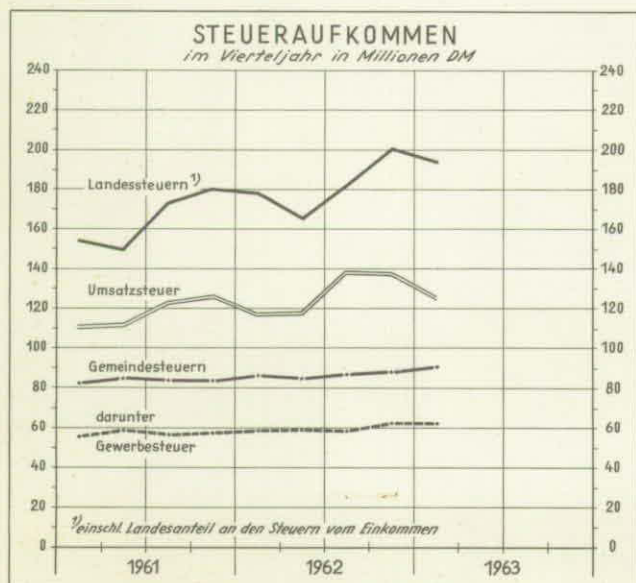
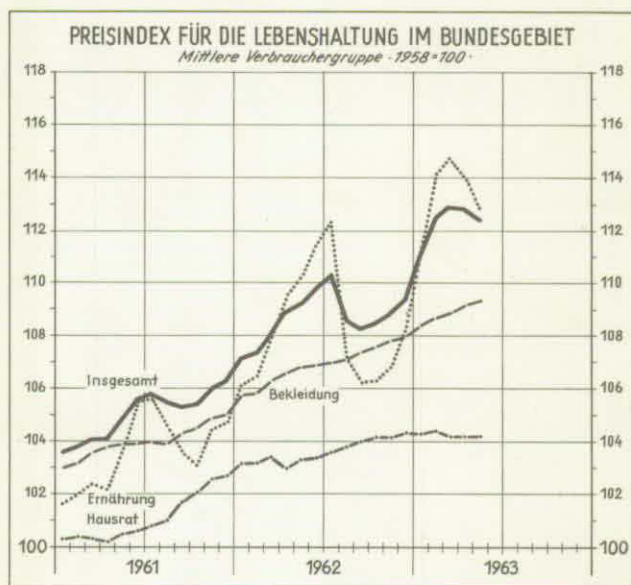
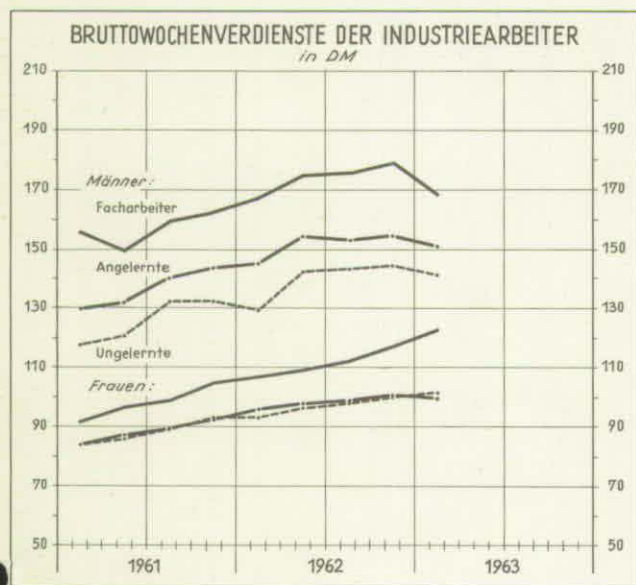
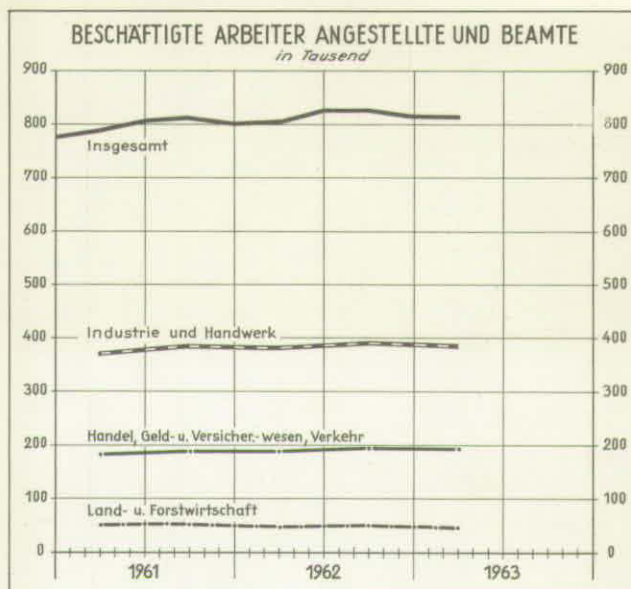
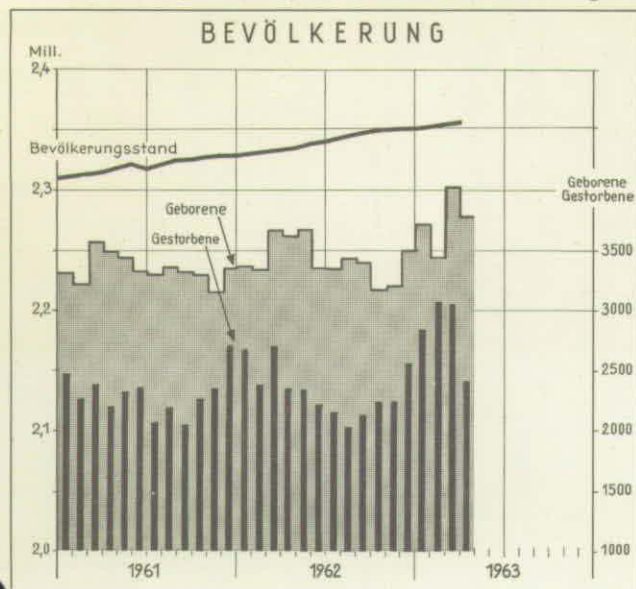
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	3/79
Wohnungsbau, Preisanstieg im -	2/47

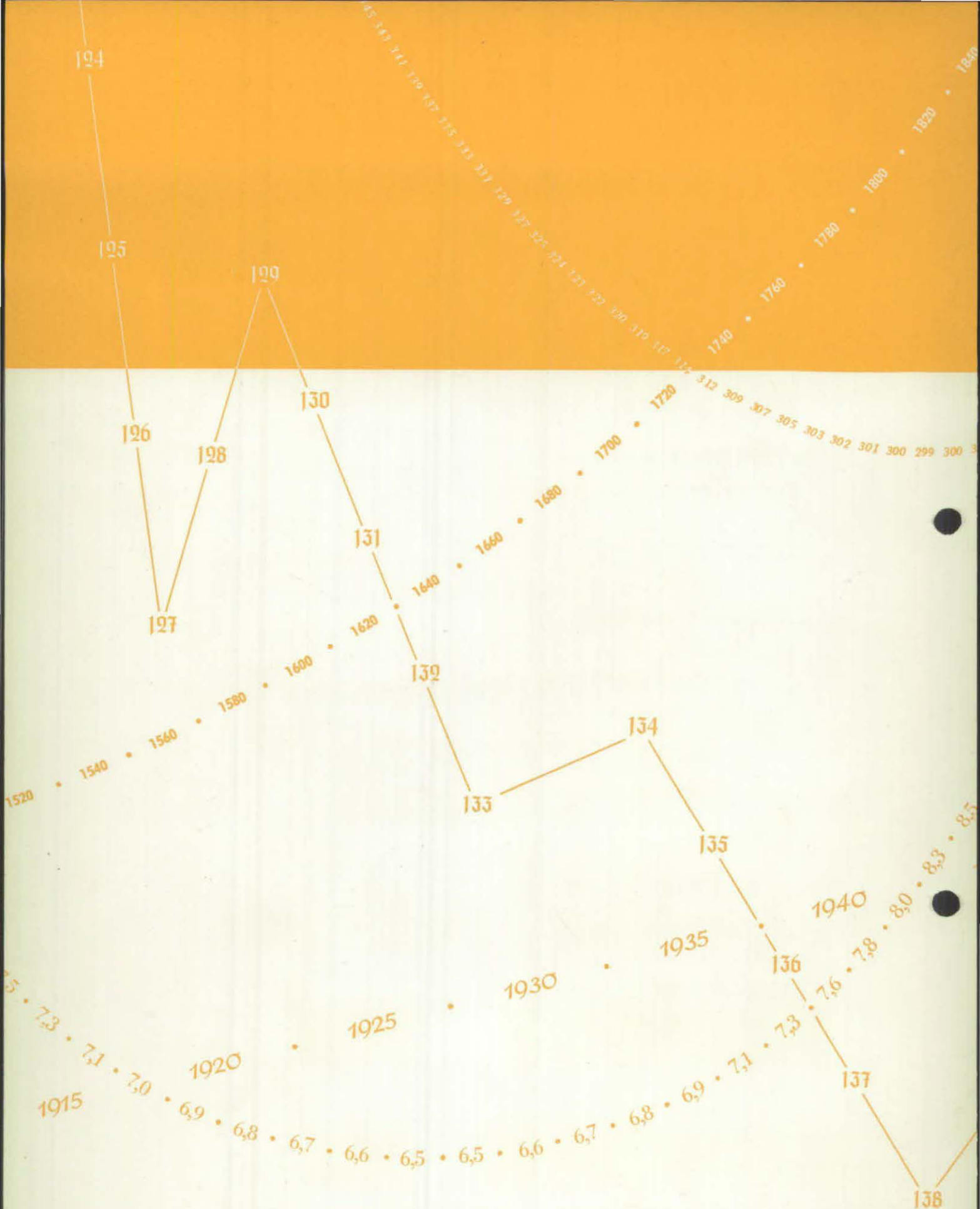
Löhne und Gehälter

Landwirtschaft, Arbeiterverdienste in der -	4/124
Erwerbsgartenbau, Lohnstruktur im -	6/176
Forstwirtschaft, Lohnstruktur in der -	6/180
Verdienste 1957 und 1962	2/51

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02

Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen